

Redaktionsbeirat

Franz Fiedler, President, Court of Audit,
Austria
Sheila Fraser, Auditor General, Canada
Mohamed Raouf Najjar, Premier Président,
Cour des Comptes, Tunisie
David M. Walker, Comptroller General,
United States
Clodosbaldo Russian Uzcategui,
Comptroller General, Venezuela

Präsident der IZSF

Helen H. Hsing (U.S.A.)

Chefredakteur

Donald R. Drach (U.S.A.)

Redakteure

Linda J. Sellevaag (U.S.A.)
Alberta E. Ellison (U.S.A.)

Redaktionelle Mitarbeiter/Außenredakteure

Office of the Auditor General (Kanada)
Deepak Narain (ASOSAI-Indien)
Luseane Sikalu (SPASAI-Tonga)
Michael C.G. Paynter (CAROSAI-Trinidad
und Tobago)
EUROSAI General Secretariat (Spanien)
Khemais Hosni (Tunesien)
Yadira Espinoza Moreno (Venezuela)
INTOSAI General Secretariat (Österreich)
U.S. General Accounting Office (U.S.A.)

Verwaltung/Finanzen

Sebrina Chase (U.S.A.)

Mitglieder des Präsidiums der INTOSAI

Yun-Churl Jeon, Chairman, Board of Audit and
Inspection, Korea,
Vorsitzender
Árpád Kovács, President, Allami
Számvevőszék, Ungarn,
Erster Stellvertretender Vorsitzender
Osama Jaffer Faqeeh, President, General
Auditing Bureau, Saudi Arabien,
Zweiter Stellvertretender Vorsitzender
Franz Fiedler, President, Rechnungshof,
Österreich,
Generalsekretär
Arah Armstrong, Director of Audit, Audit
Department, Antigua und Barbuda
Valmir Campelo, Ministro, Presidente do
Tribunal de Contas da União, Brasilien
Leopold A.J. Ouedraogo, Inspecteur
Général d'Etat, Burkina Faso
Mohamed Gawdat Ahmed El-Malt, President,
Central Auditing Organization, Ägypten
Vijayendra Nath Kaul, Comptroller and Auditor
General, Indien
Tsutomu Sugiura, President of the Board of
Audit, Japan
Bjarne Mørk Eidem, Auditor General,
Riksrevisjonen, Norwegen
Genaro Matute Mejía, Contralor General,
Contraloría General, Peru
Alfredo José de Sousa, President, Tribunal
de Contas, Portugal
Pohiva Tu'itonoa, Auditor General, Audit
Department, Tonga
Mohamed El Jeri, Premier Président, Cour des
Comptes, Tunesien
Sir John Bourn, Comptroller and Auditor
General, National Audit Office, Vereinigtes
Königreich
David M. Walker, Comptroller General,
General Accounting Office, U.S.A.
Guillermo Ramírez, President, Tribunal de
Cuentas, Uruguay

© 2004 International Journal of Government Auditing, Inc.

Die *Internationale Zeitschrift für staatliche Finanzkontrolle* wird vierteljährlich (im Januar, April, Juli und Oktober) im Auftrag der Internationalen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI) herausgegeben und erscheint in Arabisch, Deutsch, Englisch, Französisch und Spanisch. Sie ist das offizielle Organ der INTOSAI und soll mithelfen, Verfahren und Methoden der staatlichen Finanzkontrolle zu fördern. Die in ihr enthaltenen Stellungnahmen und Meinungen entsprechen den persönlichen Ansichten der Redakteure bzw. der Verfasser der einzelnen Beiträge, müssen sich aber nicht immer mit der offiziellen Meinung der Organisation decken.

Artikel, Fachbeiträge und sonstige Mitteilungen werden an die Redaktion (editorial offices, c/o US General Accounting Office, Room 7814, 441 G Street, NW, Washington D.C. 20548 USA) erbeten (Fernsprechanschluß: 202-512-4707, Telefax: 202-512-4021, e-Mail: spel@gao.gov).

Da diese *Zeitschrift* vor allem in den weniger entwickelten Ländern auch als Lehrmittel dient, finden vornehmlich praxisorientierte Beiträge über die Rechnungsprüfung im öffentlichen Bereich Berücksichtigung. Dazu gehören beispielsweise Fallstudien, Vorstellungen über neue Prüfungsmethoden oder detaillierte Darlegungen über Schulungsprogramme für Rechnungsprüfer. Auf überwiegend theoretisch orientierte Beiträge wird bewußt verzichtet.

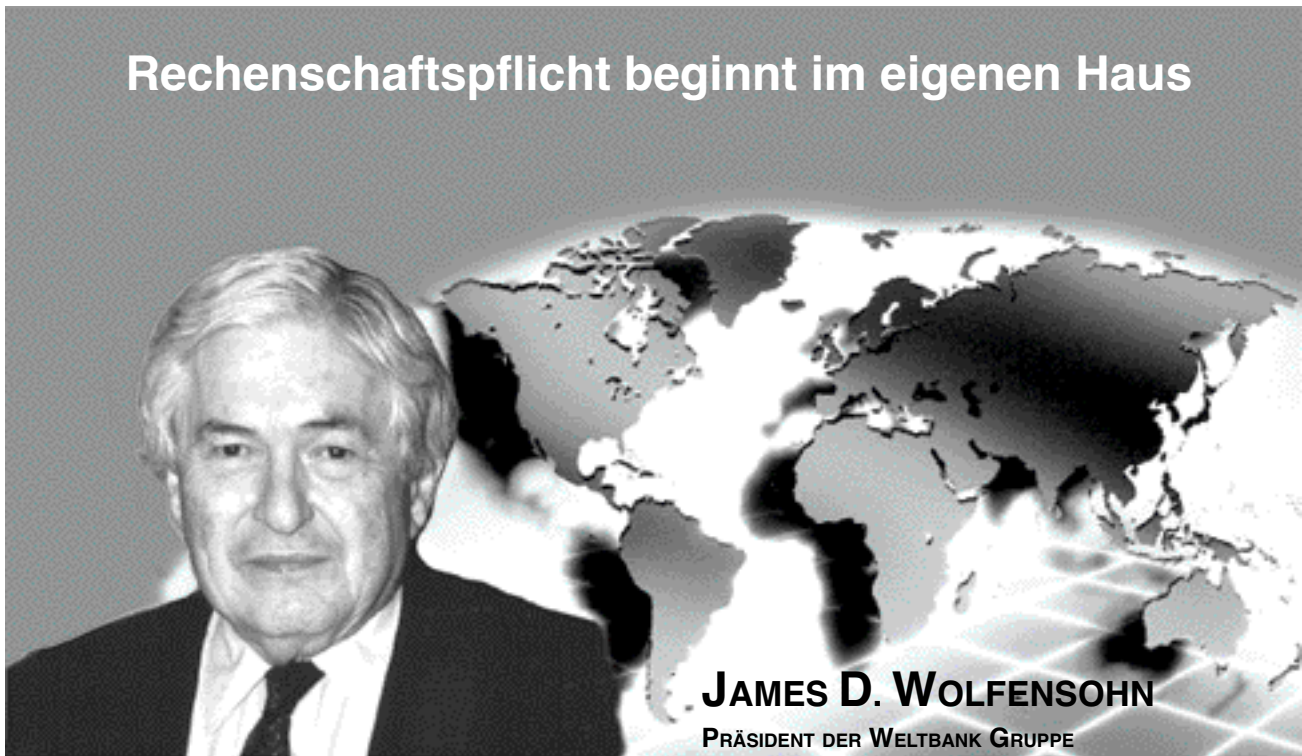
Die *Zeitschrift* wird an die Mitglieder der INTOSAI und andere Interessierte unentgeltlich verteilt. Die *Zeitschrift* ist in elektronischer Form unter www.intosai.org erhältlich sowie unter folgender e-Mail-Adresse: spel@gao.gov.

Alle in dieser *Zeitschrift* erscheinenden Beiträge werden im Sachregister des vom American Institute of Certified Public Accountants herausgegebenen **Accountants' Index** und in den **Management Contents** bibliographisch erfaßt. Bestimmte Beiträge werden auszugsweise auch durch die Anbar Management Services in Wembley, England, sowie von der University Microfilms International, Ann Arbor, Michigan, USA, veröffentlicht.

Inhalt

Leitartikel	1
Neues in Kürze	4
Beseitigung von Haushaltsrisiken	7
Periodengerechte Haushaltsplanung und Rechnungsführung	11
Neunte Generalversammlung der ASOSAI	16
XIII. Generalversammlung der OLACEFS	20
Länderprofil: Papua-Neuguinea	24
Neuerscheinungen	28
INTOSAI Intern	30
IDI Update	35
INTOSAI Veranstaltungskalender	37
Index 2003	38

Rechenschaftspflicht beginnt im eigenen Haus



JAMES D. WOLFENSOHN

PRÄSIDENT DER WELTBANK GRUPPE

In jüngerer Vergangenheit habe ich ein strategisches Forum innerhalb der Weltbank geleitet, gemeinsam mit anderen Leitern multilateraler Entwicklungsbanken versucht, die wichtigsten Erfordernisse für ein ergebnisorientiertes Management zu definieren, an den Beratungen der Finanzminister der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zur Vorbereitung eines G-8 Gipfels im Juni 2004 teilgenommen, und mit einer Gruppe von internationalen Parlamentariern über die Herausforderungen für Frieden und Entwicklung diskutiert.

Ganz egal bei welcher Veranstaltung, ganz egal an welchem Ort – überall hegt man dieselbe Hoffnung: ein besseres Leben für unsere eigenen und für alle Kinder aufzubauen. Aber die Frage ist: Wie gehen wir an diese Aufgabe heran? Wie setzen wir jeden einzelnen Cent richtig ein? Wie können wir unsere Bemühungen verstärken, um Millionen von Menschen langfristig zu helfen? Wie gewährleisten wir Führung, Partnerschaft und Mitbestimmung?

Die Wichtigkeit der ORKB

Finanzielle Rechenschaftspflicht ist eine notwendige Voraussetzung für ein effizientes öffentliches Management und somit für die Bewirtschaftung von Mitteln zur Verringerung der Armut, Förderung von Gesundheit und Bildung, Gewährleistung einer sauberen Umwelt und Frieden.

In den letzten zehn Jahren hat man im Bereich der Entwicklungshilfe erkannt, welche bedeutende Rolle die öffentliche Haushalts- und Wirtschaftsführung für die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele spielt, und wie wichtig gut funktionierende Rechenschaftssysteme in den Empfängerländern sind. Gleichzeitig haben die Geberinstitutionen erkannt, dass eine nachhaltige Entwicklung nicht auf ihren eigenen Rechenschaftssystemen, sondern auf eben diesen nationalen Systemen der Empfängerländer beruhen muss.¹

Effektive Oberste Rechnungskontrollbehörden stellen ein Schlüsselement solcher Systeme dar. Wie es in der Deklaration von Lima heißt, umfassen ihre Ziele "die sachgerechte und wirksame Verwendung öffentlicher Mittel, das Streben nach einer straffen Wirtschaftsführung, die Ordnungsmäßigkeit der Verwaltungstätigkeit und die Information sowohl der staatlichen Stellen als auch der Öffentlichkeit durch die Veröffentlichung von objektiven Berichten".

Die Partnerschaft zwischen der Weltbank und den ORKB

Die Weltbank setzt sich vehement für die Unterstützung der ORKB und eine für beide Seiten gewinnbringende Zusammenarbeit ein. Einige Beispiele für Partnerschaften und einen Dialog zwischen diesen beiden Parteien werden nachstehend angeführt:

- Oberste Rechnungskontrollbehörden wirken bei der Gestaltung der Prüfungspolitik der Weltbank mit. Institutionen der öffentlichen Finanzkontrolle (darunter eine große Zahl von Obersten Rechnungskontrollbehörden) erstellen bereits knapp die Hälfte aller von der Bank erhaltenen Prüfungsberichte über Darlehen und Kredite.
- Als im November 2002 Änderungen in der Prüfungspolitik der Bank diskutiert wurden, lieferte ein aus ORKB bestehendes Beratungsgremium wertvolle Einblicke und Empfehlungen.
- Seit 2001 unterstützt die Fazilität für Entwicklungszuschüsse der Bank das Schulungsorgan der INTOSAI, die INTOSAI Entwicklungsinitiative (IDI), und hat vor kurzem auch einen finanziellen Beitrag für das INTOSAI Richtlinienkomitee für die Finanzkontrolle geleistet.
- Eine zunehmende Anzahl an Zuschüssen vom Fonds für die Entwicklung von Institutionen unterstützen Mitarbeiterschulungen, Bedarfserhebungen und die Konzipierung von Prüfungshandbüchern oder Informationstechnologie in ORKB.
- Zwischen 1997 und 2002 wurden mehr als 90 Konditionalitäten für Anpassungsdarlehen geschaffen, damit die Verwaltungen von Entwicklungsländern ihre ORKB besser unterstützen.
- Im Rahmen ihrer Governance Agenda veranstaltet die Weltbank Schulungskurse und Seminare zur Förderung der Fachkenntnisse im Bereich der öffentlichen Finanzkontrolle.

¹Im OECD-DAC Papier über bewährte Verfahren im Bereich Finanzberichterstattung und Rechnungsprüfung, das im Rahmen der Harmonisierungsinitiative erstellt wurde, heißt es: "Geber sollten die Obersten Rechnungskontrollbehörden der Partnerländer als Prüfer von geberfinanzierten Projekten akzeptieren, wenn deren Kapazitäten als geeignet eingestuft werden."

Die Unabhängigkeit der ORKB ist eine wesentliche Voraussetzung

Die Bank ist bemüht, die Unabhängigkeit der ORKB nicht zu gefährden – sie unternimmt sogar jede Anstrengung um sie zu stärken. Wie in der Deklaration von Lima festgelegt ist, müssen die ORKB in der Lage sein, ihre Aufgaben zu erfüllen und dem Parlament und der Öffentlichkeit eigenverantwortlich über ihre Erkenntnisse zu berichten.

Hier gilt es zahlreiche Hindernisse zu überwinden: offizielle und inoffizielle Einschränkungen des Mandats der ORKB, eingeschränkter Zugang zur Öffentlichkeit und den Medien, unzureichende Mittelausstattung, fehlendes Personal und “Anreize” zur Förderung einer “sanften” Prüfung.

Die von der INTOSAI im März 2001 durchgeführte Erhebung zeigte klar, dass die praktische Umsetzung der Unabhängigkeit ein komplexes und kontinuierliches Unterfangen ist, das Geduld, Stärke und – Ironie des Schicksals – Unterstützung durch die Verwaltung in Form einer angemessenen Finanzierung erfordert.

In unseren Gesprächen mit den Ländervertretern, vor allem im Rahmen unserer Diagnostik im Bereich der öffentlichen Haushalts- und Wirtschaftsführung,² tritt die Weltbank stets für eine Stärkung der Rechenschaftspflicht, der Transparenz bei der Bewirtschaftung öffentlicher Mittel und der Unabhängigkeit der öffentlichen Finanzkontrolle ein.

Die Ziele der Geberländer und –institutionen und der Obersten Rechnungskontrollbehörden sind weitgehend ident: die Förderung eines besseren öffentlichen Managements, die Erhöhung der Transparenz und die Stärkung der Rechenschaftspflicht. Sie bilden die Grundlage für die Entwicklung und den Kampf gegen die Armut.

Unser wachsendes Engagement

Wie andere Geberinstitutionen kann die Weltbank mehr tun, um Institutionen der öffentlichen Haushaltsführung in den Empfängerländern zu stärken und unsere Zusammenarbeit mit den Rechnungskontrollbehörden dieser Länder zu erhöhen. Derzeit wird gerade ein Strategiepapier erarbeitet, für das ein aus ORKB bestehendes Beratergremium im März 2004 wertvollen Input liefern wird.

Ein Bereich, der untersucht werden soll, betrifft die Durchführung von so genannten Peer-Reviews. Peer-Reviews sind aus vielerlei Gründen ein bevorzugtes Mittel zur Feststellung notwendiger Veränderungen, zur Steigerung der Leistung und zur Verbesserung des Dienstes am Bürger. Die Weltbank unterstützt diesen Ansatz ohne Einschränkungen und ist gerne bereit, die Machbarkeit und Häufigkeit solcher Überprüfungen durch die Bereitstellung entsprechender Mittel zu erhöhen.

Die Weltbank untersucht außerdem Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit mit Regionalorganisationen von ORKB, um das Expertenwissen der ORKB besser und öfter zu nützen, um die Gestaltung und Umsetzung von Projekten zur Stärkung der öffentlichen Finanzkontrolle zu verbessern.

²Über diese Tätigkeit wird in den Country Financial Accountability Assessments berichtet, von denen einige auf der Website der Weltbank unter www.worldbank.org verfügbar sind.

NEUES

IN

Kürze

Argentinien

Internationale Tagung lateinamerikanischer ORKB und des Europäischen Rechnungshofs

Im Oktober 2003 organisierte die ORKB von Argentinien (AGN) gemeinsam mit der Europäischen Kommission eine internationale Tagung der ORKB des MERCOSUR (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay), Chile und Bolivien und des Europäischen Rechnungshofs. Zu den Teilnehmern zählten ORKB-Leiter und andere Vertreter der ORKB, aus Lateinamerika und Europa, Dr. Clodosbaldo Russián, der Präsident der OLACEFS, und Beamte des MERCOSUR und der Europäischen

Union. Anwesend waren auch Vertreter von nichtstaatlichen Organisationen, Journalisten und über 300 Prüfungsbeamte aus Argentinien. Dr. Leandro Despouy, der Präsident des AGN und der Organisation der ORKB der Länder des MERCOSUR, Bolivien und Chile, führte den Vorsitz bei dieser Tagung, die in Buenos Aires, Argentinien, stattfand.

Auf der Tagung wurde eine Vielzahl von Themen erörtert, darunter auch folgende:

- Die Rolle der Rechnungsprüfung im Zuge des Fortschreitens der europäischen Integration, die daraus resultierenden Lektionen für die Länder des MERCOSUR, Bolivien und Chile, und die lang-jährige Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen beiden Regionalorganisationen.



Die Teilnehmer der Tagung von Buenos Aires: Robert Reynders, belgisches Mitglied des Europäischen Rechnungshofs; Angelo Pagkratis, Leiter der Delegation der Europäischen Kommission in Argentinien; Leandro Despouy, Präsident des AGN; Francisco Galiano Morán, Leiter der ORKB von Paraguay.

- Eine Zusammenfassung der von den ORKB der Länder des MERCOSUR, Bolivien und Chile durchgeführten Prüfungen zur Illustration der Zusammenarbeit zwischen den Finanzkontrollorganisationen dieser sechs Länder.
- Finanzkontrolle in verschiedenen Bereichen der Verwaltung: Prüfungen der Exekutive für die Europäische Kommission, Prüfungen des Parlaments für die Haushaltsausschüsse des Europäischen Parlaments und des argentinischen Parlaments und die wichtige Aufgabe des Europäischen Rechnungshofs.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: Auditoría General de la Nación, Telefon: (+5411) 4124 3775; Fax: (+5411) 3775; E-mail: informacion@agn.gov.ar; Internet: www.agn.gov.ar.

Nepal

Neuer Auditor General

Am 22. August 2003 wurde Gehendra Nath Adhikary zum neunten Auditor General des Königreichs Nepal ernannt.



Gehendra Nath Adhikary, Auditor General von Nepal

Vor seiner Ernennung war Adhikary von 1992 bis 1994 Finanzkontrolleur von Nepal. Diese Position bekleidete

er auch von 1968 bis 1992. Außerdem war er 14 Jahre lang einer der Assistenten des Auditor General.

Adhikary wurde in Kathmandu geboren und verfügt über ein abgeschlossenes Studium der Wirtschafts- und Rechtswissenschaften der Tribhuvan Universität in Nepal. Er ist Mitglied der Vereinigung der Wirtschaftsprüfer von Nepal. In Anerkennung seiner herausragenden Leistungen wurden ihm von Seiner Majestät dem König von Nepal bereits verschiedene Medaillen und Auszeichnungen verliehen.

Adhikary war Mitglied in verschiedenen Ausschüssen, die von der Verwaltung von Nepal eingesetzt wurden. Ab 1996 fungierte er 6 Jahre lang als Schriftführer im Ausschuss zur Aufklärung von Unregelmäßigkeiten unter dem Vorsitz eines Mitglieds des Abgeordnetenhauses (Parlament) des Königreichs Nepal. Er hat zahlreiche Artikel in Fachzeitschriften und Magazinen verfasst und an Schulungen und Stipendienprogrammen in den Vereinigten Staaten, Israel und Kanada teilgenommen.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: Office of the Auditor General of Nepal, Telefon: ++977 (1) 26 29 58; Fax: ++977 (1) 26 27 98; E-mail: oagnep@ntc.net.np; Internet: <http://www.oagnepal.com>.



Teilnehmer am ARABOSAI-Schulungskurs für Leistungsevaluierung, der vom General Auditing Bureau veranstaltet wurde.

Saudi Arabien

Stärkung von Geschäftsbeziehungen und Kapazitätsbildung

Im September 2003 führte Seine Exzellenz, Osama Jaffer Faqeeh, der Präsident des General Auditing Bureau (GAB), den Vorsitz bei einer gemeinsamen Tagung einer Gruppe privater Wirtschaftsprüfungsunternehmen des Königreichs Saudi-Arabien und der Führungsspitze des GAB. Die Tagung sollte die Geschäftsbeziehungen des GAB mit diesen Unternehmen stärken, eine Grundlage für den Austausch von Erfahrungen und Fachwissen schaffen und über aktuelle Entwicklungen in Bezug auf moderne Prüfungsmethoden und -techniken informieren.

Zum weiteren Aufbau von konstruktiven Geschäftsbeziehungen zu den zu prüfenden Stellen organisierte das GAB ein Seminar mit dem Titel "Möglichkeiten der Zusammenarbeit zur Erfüllung von Zielen der umfassenden Prüfung und der Wirtschaftlichkeitsprüfung". Am Seminar nahmen eine große Zahl von hochrangigen Finanzexperten aus Ministerien, Verwaltungsdienststellen und öffentlichen Unternehmen teil. Das Seminar sollte eine berufliche Plattform für einen Meinungsaustausch und einen Dialog mit den zu prüfenden Stellen der oberen Verwaltungsebene darstellen und dazu beitragen, eine praktische Methodik zur Stärkung der Rolle der

Finanzkontrolle einzuführen. Auf dem Seminar wurden auch Möglichkeiten zur Beseitigung operativer Hindernisse für die Erreichung eines höheren Grads an Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit bei der Verwaltung öffentlicher Gelder und für den Einsatz von öffentlichen Mitteln zur Maximierung der Rentabilität untersucht. Das Seminar behandelte eine Reihe konkreter Bereiche, darunter auch die Aktualisierung der Statuten des GAB, die Umsetzung des Konzepts für umfassende Prüfung und Anwendung von IT-Prüfungsmethoden sowie die Formulierung von Finanzvorschriften.

Osama fungierte außerdem als Delegationsleiter bei verschiedenen internationalen Konferenzen, wie zum Beispiel die dritte Tagung des Golf-Kooperationsrats in Katar im Mai 2003, die INTOSAI Präsidialtagung im Oktober 2003 in Budapest und die 9. Generalversammlung der ASOSAI im Oktober 2003 in Manila auf den Philippinen.

Mitarbeiter des GAB nahmen 2003 an verschiedenen internationalen Schulungskursen in Indien, Ägypten und Marokko teil. Die Schulungen umfassten Themen wie die Prüfung von sozialen Diensten und ländlichen Entwicklungsprogrammen, IT-Prüfung sowie Finanzanalyse und Haushaltsplanung. Außerdem setzte das GAB die zweite Phase seines internen Schulungsprogramms für ORKB-Mitarbeiter mit der Organisation von 10 Schulungskursen um. Und schließlich veranstaltete das GAB im Oktober 2003 für Prüfungsbeamte der ARABOSAI einen Schulungskurs über Leistungsevaluierung. Dieser Kurs wurde von der Arabischen Gruppe Oberster Institutionen für Rechnungswesen und Finanzkontrolle organisiert.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: General Auditing Bureau, P. O. Box 7185, University Street, Riyadh 11128, Saudi-Arabien;
Fax: ++966 (1) 403 20 57;
E-mail: gab@zajil.net.sa;
Website: www.gab.gov.sa.

Südkorea

Neuer Leiter der ORKB

Im November 2003 wurde Yun-Churl Jeon zum neuen Leiter des Board of Audit and Inspection (BAI) der Republik Korea ernannt. In seiner neuen Eigenschaft bekleidet er auch das Amt des Vorsitzenden des INTOSAI Präsidiums. Er folgt Jong Nam Lee nach, der das BAI im September 2003 nach Beendigung seiner 4-jährigen Amtszeit verließ.



Yun-Churl Jeon, Leiter der ORKB der Republik Korea

Jeon kann auf eine lange und erfolgreiche Karriere in der Verwaltung zurückblicken. In seine neue Position bringt er umfangreiche Erfahrungen aus dem öffentlichen Dienst mit, insbesondere aus den Bereichen der Haushalts- und Wirtschaftsführung, Verwaltungsreform und Haushaltsplanung. Im Jahr 2002 war er stellvertretender Premierminister, Minister für Finanzen und Wirtschaft und Stabschef des Präsidenten. Zuvor bekleidete er das Amt des Ministers für Planung und Haushalt und des Vorsitzenden der Kommission für fairen Handel. Er war auch in verschiedenen Positionen im Wirtschaftsplanungsausschuss und anderen Verwaltungsbehörden tätig. Vor seiner Ernennung zum Leiter der ORKB war er Leiter des Instituts für Rechts- und Politikwissenschaften der Cheju National University.

Als starker Verfechter der Marktwirtschaft und des freien Wettbewerbs, setzt sich Jeon für die Umsetzung von Reformmaßnahmen ein, um seine Behörde wettbewerbsfähiger zu machen und die koreanische Verwaltung bei der Erreichung der Ziele ihres Reformprogramms zu unterstützen.

Jeon schloss 1965 sein Studium am Institut der Rechtswissenschaften der Seoul National University ab. Er besitzt Ehrendoktorate in Volkswirtschaft, Betriebswirtschaft und Rechtswissenschaften von verschiedenen koreanischen Universitäten. Er ist Autor einer Reihe von Publikationen zum Thema Marktwirtschaft.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: Board of Audit and Inspection, Telefon: ++82 (2) 2011-2186; Fax: ++82 (2) 2011- 2189; E-mail: koreasai@koreasai.go.kr; Internet: <http://www.bai.go.kr>.

Europäischer Rechnungshof

Jahresbericht 2002 veröffentlicht

Im November 2003 veröffentlichte der Europäische Rechnungshof seinen Jahresbericht für 2002 und kam zu dem Urteil, dass der von der Europäischen Kommission erstellte Rechnungsabschluss der Europäischen Gemeinschaften für 2002 ein getreues Bild der Einnahmen und Ausgaben und der Finanzlage der Gemeinschaften zum Jahresende widerspiegelte. Eine Ausnahme bildeten einige Mängel aufgrund von Schwachstellen in der Konzeption des Rechnungsführungssystems. Nach Ansicht des Rechnungshofs waren die dem Rechnungsabschluss zugrunde liegenden Transaktionen in Bezug auf Mittel, Verbindlichkeiten, Verwaltungsausgaben und Heranführungshilfe gesetzmäßig und ordnungsgemäß erfolgt. Allerdings sollten die Überwachungssysteme

Fortsetzung auf Seite 29

Die Beseitigung von Haushaltsrisiken: Ein Plädoyer für mehr Wahrheit und Transparenz in der öffentlichen Finanzberichterstattung

von David M. Walker, Comptroller General der Vereinigten Staaten

Vor kurzem hielt ich im National Press Club in Washington, D.C., einen Vortrag zu einem Thema, dem meiner Meinung nach nicht die gebührende Aufmerksamkeit entgegengebracht wird: die Verschlechterung der Finanzlage der US-Verwaltung.¹ In meinen Ausführungen habe ich versucht, Fakten zu präsentieren, die Wahrheit zu sagen und der amerikanischen Bevölkerung zu erklären, dass unser Land mit einem schwerwiegenden und zunehmenden finanziellen Ungleichgewicht kämpft.

Die Wahrheit ist, dass die Vereinigten Staaten vor einem Strukturdefizit stehen, dass sich noch weiter verschlechtern wird, wenn die "Baby-Boomer"² ihre Pension antreten und damit eine außergewöhnliche Belastung für die Ausgaben- und Steuerpolitik der USA darstellen. Die Auswirkungen des langsameren Wirtschaftswachstums und die jüngsten Schwierigkeiten bei der Beibehaltung des Sparkurses haben nicht gerade zu einer Verbesserung der Lage beigetragen. Die erwartete Haushaltslücke ist bereits so groß, dass es äußerst unwahrscheinlich ist, nur über das Wirtschaftswachstum einen Ausweg aus dieser Situation zu finden.

Und dennoch sind viele Amerikaner von dieser ernüchternden Einschätzung überrascht, teilweise weil die Finanzberichterstattung der Verwaltung ein unrealistisches und sogar irreführendes Bild von der Gesamtleistung und der finanziellen Lage der Bundesverwaltung zeichnet. Nur wenige Behörden präsentieren die Ergebnisse, die sie mit den ausgegebenen Steuergeldern erzielen, auf angemessene Weise, und zu viele Verpflichtungen und Verbindlichkeiten der Verwaltung werden unvollständig oder nicht sichtbar ausgewiesen.

Jede Nation verfügt über ihre eigenen fiskalpolitischen Herausforderungen, die Vereinigten Staaten sind hier kein Einzelfall. Die meisten Verwaltungen sind heutzutage bis zu einem gewissen Grad mit Haushaltsrisiken konfrontiert, die nicht so transparent sind, wie dies der Fall sein sollte. Zum Beispiel werden viele Industrienationen schwierige Entscheidungen treffen müssen, um die Bedürfnisse ihrer zunehmend älter werdenden Bevölkerung zu erfüllen. Ungeachtet der konkreten Aspekte, die hier involviert sind, wird durch die Finanzausweise der Verwaltung grundsätzlich nicht vermittelt, welche Gefahr diese lang-

¹Der vollständige Wortlaut der Rede mit dem Titel "Truth and Transparency: The Federal Government's Financial Condition and Fiscal Outlook" (Wahrheit und Transparenz: Die finanzielle Lage und der finanzielle Ausblick der Bundesregierung) ist auf der Website des US General Accounting Office unter www.gao.gov verfügbar.

²Der Begriff "Baby-Boomer" bezeichnet im Allgemeinen Personen, die zwischen 1946 und 1964, einem Zeitraum mit hohen Geburtenraten, geboren wurden.

fristigen Herausforderungen für zukünftige Budgets, Steuerbelastungen und Ausgabenflexibilität darstellen können.

Besonders besorgniserregend sind die zahlreichen Verpflichtungen, die die Verwaltung eingegangen ist und die vielleicht über Jahre hinweg nicht in ihren Budgets oder Rechnungsabschlüssen ausgewiesen werden. Im Falle der Vereinigten Staaten unterstützt die Verwaltung eine lange Liste von Programmen und Aktivitäten – darunter Pensions- und Gesundheitsleistungen für Senioren, medizinische Betreuung für Kriegsveteranen und staatlich unterstützte Organisationen – die Milliarden Dollar kosten, aber deren zukünftige schwebende Verbindlichkeiten in den Rechnungsabschlüssen der Verwaltung nicht aufscheinen.

Kaufmännische Buchführungspraktiken erfordern, dass Unternehmen ihre Verbindlichkeiten für Pensionen, Gesundheitsfürsorge und andere Verpflichtungen in ihren Bilanzen ausweisen, aber viele Verwaltungen legen ähnliche Kosten, wie jene für Veteranen- oder Sozialversicherungsprogramme, in ihren Rechnungsabschlüssen nicht vollständig offen. In zu vielen Fällen erfahren die Steuerzahler und sogar einige öffentliche Beamte erst unmittelbar bei Vorstehen einer Krise von diesen Verpflichtungen. In jüngerer Vergangenheit hatten Länder von Lateinamerika bis Ostasien mit wirtschaftlicher Instabilität zu kämpfen, nachdem ihre Verwaltungen plötzlich gezwungen waren, Verpflichtungen nachzukommen, von denen nur wenige wussten, dass sie existierten.

Mehr Offenheit und Transparenz bei der Berichterstattung der Verwaltung ist unabdingbar, wenn die Vereinigten Staaten und andere Nationen ihre langfristigen finanziellen Herausforderungen bewältigen wollen. Tatsache ist, dass die eben erwähnten Haushaltsrisiken nur dann gesteuert werden können, wenn sie ordnungsgemäß verbucht und öffentlich ausgewiesen werden.

Oberste Rechnungskontrollbehörden (ORKB) können eine entscheidende Rolle dabei spielen, auf ernsthafte finanzielle Ungleichgewichte hinzuweisen und effiziente Rechnungsführungs- und Berichterstattungspraktiken in ihren jeweiligen Ländern zu fördern. Eine Behörde, wie eine ORKB, die keinem tagespolitischen Druck ausgesetzt ist, kann es sich leisten, eine langfristige Perspektive anzuwenden und professionelle, objektive und nicht-politische Informationen über die Finanzlage ihrer Verwaltung zu liefern.

Die ORKB sollten erwägen, über die routinemäßige Aufsicht der alltäglichen Verwaltungsaktivitäten hinauszugehen und politische Entscheidungsträger auf langfristige Trends mit schwerwiegenden negativen Auswirkungen aufmerksam zu machen. Mittels einer fundierten Analyse, die auf Weitblick und strategischem Denken basiert, können sie dazu beitragen, ihre Verwaltung für die Herausforderungen der Zukunft zu rüsten – bevor diese die Ausmaße einer Krise annehmen. Die ORKB sollten ihre Verwaltungen ermuntern, über die Haushaltszahlen des laufenden Jahres hinauszublicken und die langfristigen Folgen aktueller politischer Entscheidungen zu bedenken. Die Verwaltungen könnten dann ihren Cash-Flow besser steuern und fundierte Entscheidungen über den zukünftigen Finanzierungsbedarf treffen.

Aufklärungsarbeit bei führenden politischen Entscheidungsträgern, Meinungsbildnern und der Öffentlichkeit zu leisten, ist ein wesentlicher Faktor. Zu diesem Zweck können ORKB Haushaltsrisiken näher beleuchten. Die Geschichte zeigt, dass Licht zu Hitze führt und Hitze Handlungen bewirkt. Ein entscheidender erster Schritt ist die Bestimmung und Kategorisierung der wichtigsten Verpflichtungen der Verwaltung. Wenn sowohl die

Bevölkerung als auch die Verwaltungsbeamten die verschiedenen Haushaltsrisiken und ihre möglichen Auswirkungen auf zukünftige Budgets verstehen, werden sie eher auf umsichtige politische Entscheidungen und ein vernünftiges Ausmaß der zukünftigen Finanzrisiken drängen. In ihrem Bestreben, eine breitere öffentliche Debatte zu fördern, müssen die ORKB darauf bedacht sein, konstruktive Empfehlungen abzugeben, die keine Gefährdung ihrer Unabhängigkeit darstellen oder in die Gestaltung der Politik hineinspielen.

Eine Stärkung des Bewusstseins für Haushaltsrisiken ist allerdings nicht genug. Um Anreize für eine verstärkte Unterstützung fundierter Entscheidungen über die Finanzierung oder Vermeidung solcher Risiken zu schaffen, müssen die ORKB die Entwicklung von exakten Kostenmaßstäben und deren Integration in die Finanzberichterstattung, Haushaltsplanung und andere politische Verfahren fördern. Die ORKB sollten vielleicht auch überlegen, ein einzelnes Portfolio der Haushaltsrisiken eines Landes zu erstellen und Haushaltssimulationsmodelle zu verwenden, um die Art, den Zeitpunkt und den Kontext der finanziellen Herausforderungen und Ungleichgewichte darzustellen. Die ORKB sollten weiters die Entwicklung und Anwendung einer Reihe von wichtigen nationalen Kennzahlen in Erwägung ziehen, die wirtschaftliche, soziale, umwelttechnische und sicherheitsrelevante Aspekte umfassen, um die Situation und die Fortschritte eines Landes über einen bestimmten Zeitraum und im Vergleich zu anderen Ländern beurteilen zu können.

Es gibt zwar keine einfache Lösung für die Verbesserung der öffentlichen Finanzberichterstattung, aber überall auf der Welt werden doch kleine Fortschritte erzielt. Einige Länder konnten bereits große Erfolge verbuchen. Im Jahr 1992 legte Neuseeland als erstes Land den Rechnungsabschluss seiner Zentralverwaltung nach dem System der Periodenabgrenzung vor. Zusätzlich zur Stärkung der Transparenz seiner finanziellen Verpflichtungen in den Haushaltsdokumenten und der Miteinbeziehung von Posten wie Kapitalkosten und Kostenumlagen hat Neuseeland auch verschiedene moderne Führungspraktiken übernommen, wie zum Beispiel strategische Pläne und Leistungsvereinbarungen für Führungskräfte.

Einige ORKB haben damit begonnen, die langfristigen Finanzperspektiven ihrer Verwaltung verständlicher zu machen. Seit einigen Jahren simuliert das US General Accounting Office (GAO) die Wechselwirkungen zwischen dem Bundeshaushalt und der Wirtschaft, um die langfristigen Auswirkungen der derzeitigen Gesetzgebung und verschiedene fiskalpolitische Alternativen, einschließlich des erwarteten Anwachsens bestehender Sozialversicherungsprogramme, aufzuzeigen. Einige ORKB haben versucht, potenzielle Risiken zu messen. Das britische National Audit Office hat beispielsweise vor kurzem über Haushaltsrisiken berichtet, die auf die medizinische Fahrlässigkeit von Mitarbeitern des National Health Service, darunter auch Spitalsärzte, zurückzuführen sind.

Eine informelle globale Arbeitsgruppe von ORKB-Leitern, bei der die Vereinigten Staaten Mitglied sind, hat sich ebenfalls mit zahlreichen dieser Herausforderungen befasst. Auf ihrer Tagung in Den Haag im Jahr 2003 diskutierten ORKB aus mehr als ein Dutzend größerer Länder gemeinsam mit hochrangigen Haushaltsbeamten ihrer Länder die Rolle, die Rechnungskontrollbehörden bei Beratungen über gegenwärtige Haushalte und zukünftige fiskalpolitische Herausforderungen spielen können. Beamte der Finanzministerien anerkannten, dass die ORKB eine wichtige Aufgabe im Hinblick auf die Veröffentlichung zugrunde liegender finanzieller Verpflichtungen und Forderungen erfüllen können und auch erfüllt haben. Die ORKB und die Haushaltsbeauftragten kamen überein, dass die Unabhängigkeit und die Glaubwürdigkeit von Rechnungskontrollbehörden ein starker

Einflussfaktor für die Stärkung der Transparenz der kurzfristigen und langfristigen Finanzsituation einer Nation sein kann.

Das INTOSAI Komitee für die Staatsschulden hat ebenfalls wertvolle Richtlinien und Leitfäden für Rechnungskontrollbehörden veröffentlicht, in denen Möglichkeiten für eine aktivere Zusammenarbeit mit Verwaltungsbeamten zur Reformierung von Berichterstattungspraktiken und –verfahren beschrieben werden. Das Ziel besteht in der Erstellung von öffentlichen Finanzberichten, die auf systematischere Weise die Art der bestehenden Haushaltsverpflichtungen und –forderungen sowie deren zukünftige finanzielle Auswirkungen offen legen und aufzeigen. In einem jüngst veröffentlichten Bericht hat das Komitee einen Rahmen zur Definition und Offenlegung von langfristigen Verpflichtungen verschiedener Länder ausgearbeitet. Das Komitee kam zu dem Schluss, dass dieser Rahmen dazu beitragen würde, vollständige Informationen über die Art und das Ausmaß der Verpflichtungen, die von Nationen eingegangen werden und zukünftige Ressourcen belasten, zu fördern.³

In den Vereinigten Staaten lassen sich bereits erste Bemühungen erkennen, die Mängel bei der Finanzberichterstattung der Bundesverwaltung zu beseitigen. Die jüngste Präsentation des Haushalts durch den Präsidenten und der letzte Jahresbericht der US-Verwaltung konzentrieren sich vermehrt auf das langfristige finanzielle Ungleichgewicht des Landes. Die Management Agenda des Präsidenten, die die Liste der risikoreichen Verwaltungsprogramme des GAO widerspiegelt, lenkt zusätzliche Aufmerksamkeit auf Problembereiche in der gesamten Verwaltung. Die Verwaltung setzt auch Maßnahmen, um die Ergebnisse zu bewerten, die die Programme mit den zur Verfügung gestellten Mitteln erreichen.

Das GAO hat vor kurzem einen Rahmen zur Analyse von verschiedenen Vorschlägen für die Reform der Sozialversicherung veröffentlicht und wird demnächst einen Rahmen zur Analyse von Vorschlägen zur Reformierung des Gesundheitswesens veröffentlichen. Das GAO hat auch mitgeholfen, ein Konsortium von „guten Verwaltungsorganisationen“ einzurichten, das die Entwicklung einer Reihe von wichtigen nationalen Kennzahlen fördern soll, um die Gesamtsituation und die Fortschritte der USA innerhalb eines bestimmten Zeitraums und im Vergleich mit anderen Industriestaaten zu beurteilen.

Das GAO und andere Haushaltsexperten drängen weiterhin auf Verbesserungen des Bundeshaushaltsverfahrens, damit die Verpflichtungen der Verwaltung besser widerspiegelt werden und auf entstehende Probleme hingewiesen wird. Unter anderem hat das GAO empfohlen, dass die Verwaltung einen alljährlichen Bericht über die wichtigsten Haushaltsrisiken herausgibt.

“Wir hoffen, dass die Finanzen der Union so klar und verständlich wie die Bücher eines Kaufmanns dargestellt werden”, schrieb US Präsident Thomas Jefferson 1802 an seinen Finanzminister, “sodass jedes Mitglied des Kongresses und jedermann in der Union in der Lage ist, sie zu verstehen, Missbrauch zu untersuchen und sie somit zu kontrollieren.” Leider scheinen wir auch 2004 von einer aktuellen, verlässlichen und brauchbaren öffentlichen Finanzberichterstattung genauso weit entfernt zu sein, wie dies zur Zeit Thomas Jeffersons der Fall war.

³Siehe “Haushaltsrisiken: Auswirkungen auf die Schuldenverwaltung und die Rolle der ORKB” (INTOSAI Komitee für die Staatsschulden, Februar 2003), online verfügbar unter www.intosaipdc.org.mx.

Periodengerechte Haushaltsplanung und Rechnungsführung in der Zentralverwaltung – fünf Länder als Pioniere in diesem Bereich

von Martin Dees und Paul Neelissen, Niederländischer Rechnungshof

Einleitung

In ihrem Haushaltsmemorandum für 2001 gab die niederländische Verwaltung bekannt, dass in einigen Jahren eine periodengerechte Planung und Rechnungsführung die aktuelle Einnahmen-Ausgaben-Planung und -Rechnung der Ministerien ablösen würde.

Um das niederländische Parlament und die Verwaltung bei ihren Vorbereitungen für die Einführung dieses Systems zu unterstützen, veröffentlichte der niederländische Rechnungshof im April 2003 einen Bericht zu diesem Thema mit dem Titel *Eine periodengerechte Planung und Rechnungsführung in der Zentralverwaltung – ausgeglichene Haushalte und Rechnungsführung*. Der Bericht behandelt die Vorschläge der Verwaltung und beschreibt und analysiert Richtlinien und Praktiken einer periodengerechten Haushaltsplanung und Rechnungsführung in den Niederlanden und im Ausland.

Im Bericht heißt es, dass zahlreiche Länder bereits eine periodengerechte Planung und Rechnungsführung eingeführt haben. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass eine ergebnisorientierte und transparente Haushaltsplanung, Rechnungsführung und Verwaltung den Schwerpunkt auf die Kosten anstelle der (oder zusätzlich zu den) Ausgaben legen sollte und ein größeres Verständnis von Einnahmen, Ausgaben und Finanzlage erfordert.

Es sollte jedoch festgehalten werden, dass es derzeit in allen Ländern unterschiedliche Systeme gibt. Bis jetzt hat sich noch kein Trend in Richtung internationaler Harmonisierung abgezeichnet. Selbst innerhalb der einzelnen Länder gibt es zwischen den einzelnen Bereichen des öffentlichen Sektors große Unterschiede im Detail. Außerdem zögern viele Länder, das System der Periodenabgrenzung auf ihre Haushalte anzuwenden. Zahlreiche Parlamentsabgeordnete halten die Genehmigung von Barausgaben für einen großen Vorteil. Sie haben große Angst vor einer Überschreitung der Barbestände und lassen sich von der technischen Komplexität des Systems der Periodenabgrenzung und des damit verbundenen Potenzials für eine Manipulation der Finanzdaten einschüchtern. Darüber hinaus müssen, vom technischen Standpunkt aus betrachtet, bei der Periodenabgrenzung spezifische Verwaltungsaspekte sowie auch privatwirtschaftliche Faktoren berücksichtigt werden, wie zum Beispiel die Bewertung von Immobilien und das Ausweisen von Rückstellungen.¹ Diese Aspekte umfassen die korrekte buchhalterische Behandlung von Verteidigungsgeräten und -ausrüstung, des kulturellen Erbes, Verbindlichkeiten aus der Sozialversicherung sowie Verbindlichkeiten in Zusammenhang mit der Stellung der Verwaltung als Garant der Kontinuität von privatisierten Dienstleistungen wie öffentlicher Verkehr und Elektrizitätsversorgung.

¹Rückstellungen sind Teil der Passiva einer Organisation, die für einen eindeutigen und konkreten Zweck gebildet werden, um zukünftige Verbindlichkeiten zu erfüllen.

Im übrigen Teil dieses Artikels werden die technischen Details des Systems der Periodenabgrenzung in fünf Ländern (Neuseeland, Australien, Großbritannien, die Vereinigten Staaten und Schweden) verglichen, die als Pioniere auf diesem Gebiet gelten. Diese Beispiele können als Denkanstoß für andere Länder dienen, die zur Zeit eine Einführung dieses Systems überlegen. Das gilt auch für die Niederlande, deren Verwaltung vor kurzem beschlossen hat, die Einführung des neuen Systems auf mehrere Jahre zu verschieben.

Ein Vergleich der fünf Pionierstaaten

In Bezug auf die allgemeine Gestaltung der Periodenrechnung lassen sich die folgenden Punkte in den fünf Ländern, deren Praktiken wir verglichen haben, feststellen:

- Die meisten Länder haben ein System eingeführt, das sowohl umfassend (für alle Dienststellen der Zentralverwaltung) als auch vollständig ist (einschließlich einer vollständigen Bilanz und Erfolgsrechnung und eine Verknüpfung dieser beiden Hauptdokumente).
- Die meisten Länder führten die Periodenabgrenzung sowohl für ihre Haushaltsplanung als auch für ihre Rechnungsführung ein.
- Die Budgets und vor allem die Rechnungsführung der meisten Länder enthalten drei wesentliche periodengerechte Finanzausweise (Bilanz, Erfolgsrechnung und Kapitalflussrechnung).
- Die Rechnungsabschlüsse der verschiedenen Bereiche der Zentralverwaltung werden grundsätzlich nicht zu einem Rechnungsabschluss der Zentralverwaltung zusammengefasst. Der öffentliche Sektor in seiner Gesamtheit wird im Allgemeinen nicht konsolidiert.
- Verschiedene Posten werden von der Legislative genehmigt: Aufwand, Barausgaben, Verbindlichkeiten, oder alle drei; in den meisten Fällen wird hauptsächlich der Aufwand genehmigt.
- In den meisten der fünf Pionierstaaten beruhen die Grundsätze der Rechnungsführung auf den Richtlinien des Privatsektors, wobei es einige Abweichungen gibt, um die besonderen Merkmale der jeweiligen Verwaltung zu berücksichtigen. Die Rechnungsführung des Staates und der Verwaltung erfolgt getrennt. Im Großteil der fünf Pionierstaaten spielten die Richtlinien der staatlichen Rechnungsführung praktisch keine Rolle bei der Entwicklung der Grundsätze für die Rechnungsführung der Verwaltung.

Detaillierte Informationen zu diesen Feststellungen werden in Tabelle 1 präsentiert.

Tabelle 1: Systeme der Periodenabgrenzung in fünf Ländern

Allgemeine Ausgestaltung des Systems	Neuseeland	Australien	Großbritannien	Vereinigte Staaten	Schweden
Umfassendes System der Periodenabgrenzung	Ja	Ja	fast umfassend	Ja	
Vollständiges System der Periodenabgrenzung	Ja	Ja	fast vollständig	fast vollständig	Ja
Periodengerechte Planung und Rechnungsführung	Ja	Ja	Ja	keine Planung	Ja, Planung wird gerade umgesetzt (2004)
Wichtigste Planrechnungen					
Planbilanz	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja (2004)
Planerfolgsrechnung	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja (2004)
Plankapitalflussrechnung	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja (2004)
Wichtigste Finanzausweise					
Bilanz	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Erfolgsrechnung	Ja	Ja	Ja, aber in besonderer Form ^a	Ja, aber in besonderer Form ^b	Ja
Kapitalflussrechnung	Ja	Ja		Nein	Ja
Konsolidierung der Rechnungsabschlüsse der Zentralverwaltung	Ja	Ja	Ja, wird eingeführt (2005)	Ja	Ja
Konsolidierung der Rechnungsabschlüsse des öffentlichen Sektors (inkl. Kommunalverwaltungen)	Nein	Nein	Ja, wird eingeführt (2007)	Nein	Nein
Genehmigung	Aufwand (für Produktionsleistung) ^c	Aufwand (für Ergebnisse) ^c	Nettokosten und Barausgaben	Barausgaben/ Verbindlichkeiten	Barausgaben (2004: Aufwand)
Beruhet auf bestehenden Grundsätzen der Rechnungsführung	Ja: NZ GAAP (Privatsektor)	Ja: AAS (Privatsektor)	Ja: UK GAAP (Privatsektor)	Nein: eigene Richtlinien für die Bundesverwaltung ausgearbeitet	Ja: Schwedische GAAP (Privatsektor)
Staatliche Rechnungsführung relevant für die Rechnungsführung der Verwaltung	Nein	Nein (für den Haushalt relevant)	Nein	bis zu einem gewissen Grad	Nein, kaum von Relevanz

Legende

AAS = Australian Accounting Standards

GAAP = Generally accepted accounting principles (Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung)

^a Betriebskostenrechnung (Aufwand abzüglich direkter Einnahmen aus Programmen)^b Nettokostenrechnung (Aufwand abzüglich direkter Einnahmen aus Programmen)^c Und teilweise Barausgaben.

In Bezug auf die wichtigsten Grundsätze der Rechnungslegung, die in jedem Land zur Anwendung gelangen, wurden die folgenden Feststellungen gemacht:

- Es gibt beträchtliche Unterschiede bei den Bewertungsstrategien vom Anschaffungskostenprinzip (Schweden, Vereinigte Staaten) über ein modifiziertes Anschaffungskostenprinzip (Neuseeland, Großbritannien) bis hin zum Marktwertprinzip (Australien).
- Die Gliederung der Bilanz entspricht der allgemein üblichen Einteilung in Anlage- und Umlaufvermögen, Verbindlichkeiten und Eigenkapital als Ausgleichsposten.
- Die Abschreibungsmethode ist entweder linear oder optional.
- Rückstellungen sind in allen fünf Ländern zulässig.

- Alle fünf Länder berechnen das Eigenkapital (das unterschiedlich bezeichnet wird) in Übereinstimmung mit den allgemein üblichen Grundsätzen als Differenz von Aktiva und Passiva.
- In allen fünf Ländern werden die Steuereinnahmen der zentralen Steuerbehörde von jenen Bereichen der Zentralverwaltung, die die Einnahmen erhalten, verrechnet.
- Alle fünf Länder berechnen das operative Ergebnis (auf unterschiedliche Weise) als Differenz von Einnahmen und Ausgaben.
- Drei der fünf Länder verrechnen Kapitalkosten.

Tabelle 2 zeigt die wichtigsten Grundsätze der Rechnungslegung, die in jedem Land zur Anwendung gelangen.

Tabelle 2: Grundsätze der Rechnungslegung, die in den fünf untersuchten Ländern angewendet werden

Rechnungslegungs-Grundsatz	Neuseeland	Australien	Großbritannien	Vereinigte Staaten	Schweden
Wichtigster Bewertungsansatz für Anlagevermögen	Modifizierte Anschaffungskosten (mit Neubewertung) oder Marktwert	Marktwert (früher: Anschaffungskosten oder Marktwert) oder Wiederbeschaffungswert	Modifizierte Anschaffungskosten oder Wiederbeschaffungswert oder Veräußerungswert	Anschaffungskosten	Anschaffungskosten oder, in bestimmten Fällen, geringerer Marktwert
Hauptgliederung der Bilanz	Aktiva (Umlaufvermögen und Anlagevermögen); Passiva (siehe oben); Eigenkapital	Aktiva (finanzielle und nicht-finanzielle Aktiva und Umlaufvermögen und Anlagevermögen); Passiva (siehe oben); Eigenkapital	Aktiva (Anlage- und Umlaufvermögen); Passiva; Eigenkapital	Aktiva (der Organisation gehörend und nicht der Organisation gehörend); Passiva (durch Haushaltsmittel gedeckt und nicht gedeckt); Eigenkapital	Aktiva (immaterielles Anlagevermögen, Sachanlagen, Finanz- und verschiedene andere Kategorien von Umlaufvermögen); Passiva; Eigenkapital
Abschreibungsmethode	linear; mit Restwert; vorgeschriebene Bedingungen	linear; mit Restwert; vorgeschriebene Bedingungen	optional, aber grundsätzlich linear; keine vorgeschriebenen Bedingungen	optional, sofern systematisch, angemessen und die Nutzung am besten widerspiegelnd; mit Restwert	optional, aber übliche Methode (linear) und übliche Bedingungen werden genannt
Rückstellungen erlaubt	Ja: Rückstellungen	Ja: Rückstellungen	Ja: Rückstellungen für Verbindlichkeiten und Aufwendungen	Ja: Eventualverluste	Ja: Rückstellungen
Berechnung des Eigenkapitals	Ja: öffentliches Kapital (Kapital des Steuerzahlers) (konsolidiert: Kapital der Krone)	Ja: Eigenkapital (konsolidiert: Nettovermögen)	Ja: Eigenkapital der Steuerzahler	Ja: Nettoposition	Ja: Behördenkapital plus finanzielle Mittel (konsolidiert: Nettokapital plus finanzielle Mittel)
Zurechnung der Steuereinnahmen zu Teilen der Zentralverwaltung	Ja	Ja	Ja (im Anhang)	Ja	Ja
Bestimmung des Betriebsergebnisses	Ja: Betriebsüberschuss/-defizit (konsolidiert: Betriebsergebnis)	Ja: Nettoüberschuss/-defizit (konsolidiert: Nettoergebnis)	Ja: Nettobetriebsaufwand (aber exkl. Steuereinnahmen, etc.)	Ja: Nettoergebnis der Betriebstätigkeit	Ja: jährliche Kapitalveränderung
Kapitalkosten	Ja: 6 % des Eigenkapitals	Ja: 12 % des Eigenkapitals	Ja: 6 % des Eigenkapitals	Nein	Nein

Schlussfolgerungen

Die optimale Konzipierung der Periodenrechnung im öffentlichen Sektor wird in den nächsten Jahren voraussichtlich weiterhin Gegenstand hitziger Debatten auf nationaler und internationaler Ebene sein. Organisationen und Netzwerke wie die INTOSAI, die Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD), das Public Sector Committee der International Federation of Accountants (IFAC) und Comparative International Accounting Research (CIGAR) könnten wertvolle Informationen und Impulse für eine Weiterentwicklung und internationale Harmonisierung liefern.

Ein englischsprachiges Exemplar des Berichts *Accrual Budgeting and Accounting in Central Government–Budgets and Accounts in Balance* kann vom Autor (m.dees@rekenkamer.nl) oder über das Internet (www.rekenkamer.nl) angefordert werden. Nähere Informationen über die öffentliche Haushaltsplanung und Rechnungsführung in neun europäischen Ländern (Finnland, Frankreich, Deutschland, Italien, Niederlande, Spanien, Schweden, Schweiz und Großbritannien/Irland) finden sich in einem jüngst erschienen Buch mit dem Titel *Reforming Governmental Accounting and Budgeting in Europe*, Klaus Lüder and Rowan Jones (Hg.), (Frankfurt: Fachverlag Moderne Wirtschaft, November 2003), ISBN: 3-934803-13-X.

Fortsetzung von S 3

Gegenseitige Hilfe

Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung waren die wichtigsten Aspekte bei der Gründung der INTOSAI im Jahre 1953. Das Motto der Organisation – “Experientia mutua omnibus prodest” – zeigt, wie wichtig der Erfahrungsaustausch für die Gewährleistung einer ständigen Weiterentwicklung der öffentlichen Finanzkontrolle ist.

Der nächste INTOSAI Kongress in Budapest im Oktober 2004 bietet eine Gelegenheit, um unsere bilateralen und multilateralen Partnerschaften zur Förderung der Rechenschaftspflicht weiter auszubauen. Als Vertreter der Weltbank kann ich sagen, dass wir den weiteren Fortschritten und der weiteren gegenseitigen Unterstützung mit Freude entgegensehen.

Fortsetzung von S 10

Aber die Art und Weise, wie eine Verwaltung Buch führt, ist immer noch von Belang. Staatliche Rechnungsprüfer und politische Entscheidungsträger müssen gleichermaßen damit beginnen, den finanziellen Tatsachen ins Auge zu sehen, sodass zukünftige finanzielle Belastungen vorhergesehen und entsprechende Maßnahmen gesetzt werden können. Es kann nicht oft genug betont werden, wie wichtig es ist, diese Themen anzusprechen. Für gewählte Beamte besteht ein größerer Anreiz, schwierige aber notwendige Entscheidungen zu treffen, wenn die Öffentlichkeit die Wahrheit kennt und weitreichende und nachhaltige Maßnahmen zur Beseitigung von Haushaltsrisiken unterstützt. Ohne eine aussagekräftige öffentliche Debatte sind tatsächliche und andauernde Veränderungen allerdings unwahrscheinlich. Die ORKB, die als professionelle, unabhängige und integre Institutionen angesehen werden, sind in der einzigartigen Position, die Fakten auf den Tisch zu legen und die Diskussion in Gang zu setzen. Und dafür ist jetzt der richtige Zeitpunkt gekommen.

Neunte Generalversammlung der ASOSAI und zweites Symposium

von Alberta E. Ellison, US General Accounting Office

Die Asiatische Organisation Oberster Rechnungskontrollbehörden (ASOSAI) hielt von 20.-26. Oktober 2003 in Manila auf den Philippinen ihre 9. Generalversammlung und ihr 2. Symposium ab. An der Versammlung, die von der ORKB der Philippinen veranstaltet wurde, nahmen Delegierte aus 33 ORKB sowie Beobachter anderer ORKB, der Asiatischen Entwicklungsbank, dem Generalsekretariat der INTOSAI, der INTOSAI Entwicklungsinitiative (IDI) und dieser Zeitschrift teil.

Eröffnungszereemonie

Die 9. Generalversammlung der ASOSAI wurde am 21. Oktober mit einer Eröffnungszereemonie unter der Leitung von Dr. Panya Tantiyavarong, dem Vorsitzenden der ASOSAI und Leiter der Obersten Rechnungskontrollbehörde Thailands, und Guillermo N. Carague, dem Leiter der Gastgeberin der Versammlung, der ORKB der Philippinen eröffnet. Beide begrüßten die 130 Delegierten und Beobachter aus 33 Mitgliedsstaaten der ASOSAI.

Der Vizepräsident der Philippinen, Teofisto T. Guingona, Jr., war der Ehrengast und Hauptredner der Eröffnungszereemonie. In seiner Rede wies er darauf hin, "wie wichtig es sei, dass die Finanzkontrolle auf die Anforderungen der Globalisierung und des technologischen Fortschrittes sowie auf die Ziele und den Entwicklungsbedarf der Mitgliedsländer der ASOSAI reagiere."

Carague forderte die Delegierten dringend auf, die 9. Generalversammlung als einen "Ort zur Erneuerung alter Beziehungen zu nutzen, sich von jenen zu verabschieden, deren Amtszeit ihrem Ende zu geht, und jene herzlich willkommen zu heißen, die zum ersten Mal an der Versammlung teilnehmen" sowie das Band der Freundschaft und Kameradschaft zu verstärken, um auf diese Weise das reibungslose Funktionieren der ASOSAI in der Zukunft sicherzustellen. Weiters betonte er, dass jeder einzelne "angesichts der jüngsten Entwicklungen, die den Bereich der Wirtschaftsprüfung erschüttert haben und die zur Auflösung einer Reihe von finanziell vermeintlich gesunden Unternehmen und sogar zum Zusammenbruch eines der ältesten und größten Wirtschaftsprüfungsunternehmen der Welt geführt haben, mit größerer Wachsamkeit an die Erfüllung der Aufgaben seiner eigenen ORKB herangehen müsse."

Zeremonie zur Enthüllung des ASOSAI Wahrzeichens

Die 130 Delegierten und Beobachter der ASOSAI Tagung versammelten sich am Professional Development Center Building der philippinischen ORKB, um der Enthüllung einer Architekturdarstellung zur Feier der 9. ASOSAI Tagung und des 2. Symposiums beizuwohnen. Bei ihrer Ankunft wurden die Delegierten von hochrangigen Beamten der ORKB

begrüßt. Der Gastredner auf dieser Veranstaltung war Dr. Francisco Tantuico, Jr. (früherer Leiter der philippinischen ORKB, Gründungsmitglied der ASOSAI und erster ASOSAI Generalsekretär), der über die Gründung der ASOSAI sprach.

Erste Plenarsitzung bietet Zusammenfassung der Präsidialtagung

Die erste Plenarsitzung behandelte den Bericht von Generalsekretär Vijayendra N. Kaul über die Tätigkeit der ASOSAI seit der letzten Tagung. Zu den wichtigsten Punkten des Berichts zählten

- die Annahme des Rechnungsabschlusses für 2000-2002 und des Berichts des Prüfungsausschusses,
- die Schulungsaktivitäten der ASOSAI,
- das sechste ASOSAI Forschungsprojekt über IT-Prüfung,
- die Präsentation von und Diskussion über Prüfungsrichtlinien zur Aufdeckung von Betrug und Korruption und
- der Bericht der IDI über die Schulungsaktivitäten in der ASOSAI.



Vijayendra N. Kaul (Indien), Generalsekretär der ASOSAI, zweiter von links; Guillermo N. Carague (Philippinen), der zukünftige Vorsitzende der ASOSAI, Mitte; und Dr. Panya Tantiyavarong (Thailand), der scheidende Vorsitzende der ASOSAI, zweiter von rechts; auf der ersten Plenarsitzung

Die ORKB von Afghanistan, Bahrain, Georgien, Laos und Mauritius wurden als neue Mitglieder der ASOSAI aufgenommen. Es wurde weiters berichtet, dass die ASOSAI, die Asiatische Entwicklungsbank und die japanische Stiftung für Staatliche Finanzkontrolle ein Abkommen für technische Hilfe unterzeichnet haben, mit dem Ziel, die Schulungskapazitäten der Mitglieds-ORKB durch die Erweiterung des bestehenden Pools an Schulungsleitern zu erhöhen. Dieser Pool von 27 diplomierten Schulungsexperten wurde 1998 im Rahmen des langfristigen regionalen Schulungsprogramms geschaffen.

Zweites Symposium über Qualitätsmanagement in der öffentlichen Finanzkontrolle

Gastredner auf dem 2. Symposium über “Qualitätsmanagement in der öffentlichen Finanzkontrolle” war der frühere Finanzminister der Philippinen und jetzige Präsident des Asian Institute of Management, Roberto de Ocampo. In seinem Vortrag über “Öffentliche Finanzkontrolle und gute Verwaltungsführung” erklärte er, dass dieses Thema “ein sehr aktuelles sei, da die Länder auf der ganzen Welt heute sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor sehr um eine gute Organisationsführung bemüht seien”. Er meinte weiters: “Eine qualitative hochwertige Finanzkontrolle bedeutet ein Gleichgewicht zwischen eigenem Ermessen und allgemeinem Hausverstand herzustellen und nicht dem Paragrafenreiterei zu frönen. Sie bedeutet nicht, den Wald vor lauter Bäumen nicht zu sehen. Sie beinhaltet die Fähigkeit, Prioritäten zu setzen, um keine Zeit – sowohl die Zeit des Prüfers als auch die Zeit der geprüften Stelle – zu vergeuden. Sie bedeutet nicht, die involvierten Parteien durch eine übertriebene Liebe zum Detail zu strapazieren, sodass man am Ende das übergeordnete Ziel der Prüfung aus den Augen verliert – die Frage, ob die öffentlichen Mittel korrekt ausgegeben wurden.”

Assistant Commissioner Roberto B. Catli moderierte eine Podiumspräsentation über Qualitätsmanagement in der öffentlichen Finanzkontrolle. Zu den Teilnehmern zählten Dr. Gertrude Schlicker (INTOSAI Generalsekretariat), Muhammad Yunis Khan (Pakistan), Asif Ali (Bangladesch), Kevin Brady (Neuseeland) and Sunil Bahri (Indien).

Dr. Schlicker meinte: “Einen hohen Qualitätsstandard in einer Prüfungsorganisation sicherzustellen, erfordert eine Reihe von Schritten, die über einen längeren Zeitraum hinweg gesetzt werden müssen.” Zunächst sollte man Qualitätsstandards definieren, damit gewährleistet ist, dass Qualitätskontrollverfahren eingerichtet werden. Anschließend muss der Prüfungsbeamte darauf achten, dass die Qualitätskontrollverfahren effizient funktionieren und “Möglichkeiten zur Verbesserung der Wirksamkeit oder Wirtschaftlichkeit der Verfahren festlegen.” Sie schlug sogar einige Techniken dafür vor — “Einsatz von verschiedenen nachgängigen Qualitätsprüfungen, Aufbau einer Institutionskultur, in der eine hohe Qualität einen grundlegenden Wert darstellt, der im Personalmanagement der ORKB und im Umgang mit ihren Beziehungen zu anderen Institutionen widergespiegelt wird.”

Muhammad Yunis Khan, der Auditor General von Pakistan, erklärte, dass “die Kunden der ORKB die Öffentlichkeit, die Steuerzahler und die öffentlichen Vertreter, die die öffentlichen Ausgaben bewilligen und die Prüfungsberichte genau kontrollieren, seien.” Daher besteht für ORKB die Herausforderung des Qualitätsmanagements in der öffentlichen Finanzkontrolle darin, die verschiedenen Erwartungen ihrer Kunden so weit wie möglich zu erfüllen. Zu Pakistans Strategien zählt die Vermeidung einer direkten Einbindung der ORKB in das öffentliche Rechnungswesen und die Förderung der Umsetzung von Reformen der Rechnungslegung, wie zum Beispiel die Einrichtung eines nationalen Netzes von Kernsystemen der Rechnungslegung, die einige Aspekte der Periodenabgrenzung enthalten und in den nächsten Jahren zu einer vollständigen Periodenrechnung aufgewertet werden können. Pakistan erwartet sich, dass “in den nächsten 5 Jahren eine effiziente Rechnungsführung und Finanzberichterstattung die Grundlage für eine wirksame Finanzkontrolle liefert.”

Für den Comptroller und Auditor General der ORKB von Bangladesch, Asif Ali, beinhaltet Qualitätsmanagement in der öffentlichen Finanzkontrolle die “Abgabe von Prüfungsbescheinigungen, die Erstellung von Prüfungsberichten, die in einer ORKB vorhandenen Kapazitäten im Hinblick auf Personal, Techniken und Praktiken und die Umsetzung der Prüfungsnormen und –richtlinien der INTOSAI und ASOSAI.” Kevin Brady von der ORKB Neuseelands hob vier Elemente hervor: “(1) die Kenntnis des Umfelds, in dem Prüfungsbeamte tätig sind, (2) die Gewährleistung, dass die Behörde über hoch qualifizierte Mitarbeiter verfügt, (3) die [Bestimmung] des Vorgehens zur Förderung einer guten Organisationsführung und (4) die praktische Umsetzung sämtlicher Theorien.”

Die Erfahrungen und Qualitätsinitiativen der indischen ORKB beinhalten “die Messung der Wirksamkeit von Prüfungen auf Grundlage einer Idealwert-Akzeptanzwert-Matrix, die die prüfungsbezogenen Abschnitte oder Prüfungskommentare in den Prüfungsberichten bewertet, IT-Initiativen wie Workflow-Automatisierung zur Standardisierung von Prozessen, externe Zertifizierung, beginnend mit den Schulungseinrichtungen, Peer Reviews und eine Neugestaltung der technischen Kontrolle und Innenrevision innerhalb der Organisation.” Natürlich berücksichtigen alle diese Initiativen, “dass die Richtlinien auf allen Ebenen eingehalten werden und dass es eine Möglichkeit zur Qualitätssicherung gibt.”

Wahl des Präsidiums und der Mitglieder des Prüfungsausschusses

Carague informierte die Tagungsteilnehmer darüber, dass die ORKB der Volksrepublik China die 10. Generalversammlung der ASOSAI im Jahr 2006 veranstalten wird und dass die ORKB von Indien für die nächsten 3 Jahre weiterhin das Amt des Generalsekretärs ausüben wird.

Auf der Tagung wurden auch jene ORKB gewählt, die für die nächsten 3 Jahre das ASOSAI Präsidium bilden werden. Das Präsidium besteht aus neun Mitgliedern, von denen fünf von der Versammlung gewählt werden. Bangladesch, Bhutan, Malaysia, Pakistan und Saudi Arabien wurden auf der Tagung für eine Amtsperiode von 3 Jahren gewählt. Die anderen drei Mitglieder sind der Leiter der ORKB, die die letzte Generalversammlung veranstaltet hat (Philippinen), der Leiter der ORKB, die die nächste Versammlung organisieren wird (Volksrepublik China) und der Generalsekretär der ASOSAI (Indien). Das Präsidium hat Japan einstimmig als sein viertes Mitglied gewählt. Die ORKB von Indonesien und der Türkei wurden in den Prüfungsausschuss gewählt.

Nähere Informationen über die 9. Generalversammlung der ASOSAI sind erhältlich bei: Guillermo N. Carague, Chairman of the Commission on Audit, Central Office, Commonwealth Avenue, Quezon City 1119, Philippinen; Telefon: ++63-2-93192-32; Fax: ++632-9319223; E-mail: gemcarague@coa.gov.ph; oder Website: www.coa.gov.ph.

XIII. Generalversammlung der OLACEFS in Kuba

von Monika González-Koss, INTOSAI Generalsekretariat

Delegierte von ORKB aus ganz Lateinamerika kamen in Havanna, Kuba, zur XIII. Generalversammlung der Lateinamerikanischen und Karibischen Organisation Oberster Rechnungskontrollbehörden (OLACEFS) zusammen. Die Versammlung wurde von der kubanischen ORKB (dem Ministerium für Rechnungsprüfung und Kontrolle) von 12. -15. November 2003 veranstaltet. Zu den auf der Versammlung vertretenen Mitgliedern der OLACEFS zählten Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Costa Rica, die Dominikanische Republik, Ecuador, El Salvador, Guatemala, Honduras, Kolumbien, Mexiko, die Niederländischen Antillen, Panama, Paraguay, Peru, Portugal, Spanien und Venezuela. Neben den Delegierten dieser Länder nahmen auch Beobachter des INTOSAI Generalsekretariats, der INTOSAI Entwicklungsinitiative und der ORKB von Algerien, China, Großbritannien und der Russischen Föderation an der Veranstaltung teil.

Eröffnungszeremonie

Die Eröffnungszeremonie fand im Hotel Melia Cohiba statt. In seiner Eröffnungsrede dankte Dr. Clodosbaldo Russián Uzcategui, Contralor General von Venezuela und Präsident der OLACEFS, der ORKB von Kuba für die hervorragende Organisation der Veranstaltung und hieß alle Teilnehmer herzlich willkommen. Dr. Enrique Lau Cortés, der Dr. Alvin Weeden Gamboa, den aus Panama stammenden Generalsekretär der OLACEFS vertrat, betonte die Wichtigkeit und ungebrochene Relevanz der Ideen des kubanischen Befreiungskämpfers José Martí im Hinblick auf die Integration Lateinamerikas als Faktor zur Stärkung der lateinamerikanischen ORKB.

Lina Pedraza Rodriguez, die Leiterin des kubanischen Ministeriums für Rechnungsprüfung und Kontrolle, erklärte, welche Bedeutung es für ihre ORKB habe, die Generalversammlung der OLACEFS 2003 in Kuba zu veranstalten, jenem Land, in dem die INTOSAI vor genau 50 Jahren gegründet wurde. Dr. Ricardo Alarcón de Quesada, Präsident der kubanischen Nationalversammlung, unterstrich die große Bedeutung der Tätigkeit der ORKB als wichtigstes öffentliches Organ für die Finanzkontrolle und die Aufdeckung von Unregelmäßigkeiten. Der letzte Gastredner, Sergej Stepaschin, der Präsident der russischen ORKB, wies auf die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit aller ORKB auf der ganzen Welt hin, vor allem angesichts des zunehmend transkontinentalen Charakters von Finanzvergehen.

Präsentation der Fachthemen

Im Mittelpunkt der XIII. Generalversammlung der OLACEFS standen drei Fachthemen. Jedes der Themen wurde in einem Plenarvortrag vorgestellt, daran anschließend folgte die Diskussion der Delegierten zu den beruflichen und fachlichen Aspekten, die in den Grundsatzpapieren und anderen Präsentationen aufgeworfen wurden. Für jedes Thema wurden Schlussfolgerungen und Empfehlungen erarbeitet und verabschiedet.

Thema 1: Methoden zur Planung und Durchführung von Prüfungen der Staatsschulden

Mexiko war der Koordinator für dieses Thema und hatte den Hauptvortrag verfasst. Ecuador fungierte als Moderator und El Salvador als Berichterstatter. Eine Reihe von anderen ORKB hatten Länderpapiere zu diesem Thema erstellt. Der Vertreter der INTOSAI Entwicklungsinitiative (IDI) nahm ebenfalls an der Diskussion teil und erläuterte die Fortschritte in den Schulungskursen und Workshops über die Prüfung der Staatsschulden, die als Pilotprojekt in der OLACEFS von der IDI und dem INTOSAI Komitee für die Staatsschulden unter dem Vorsitz von Mexiko organisiert werden. Unter anderem wurden die folgenden Schlussfolgerungen und Empfehlungen zu diesem Thema formuliert:

- Die ORKB sollten die Qualität der internen Kontrolle evaluieren, die Wichtigkeit von vollständigen und zuverlässigen Verzeichnissen von Transaktionen mit Schuldtiteln bestätigen und die Erstellung von vollständigen öffentlichen Berichten fördern.
- Die ORKB sollten die Unterlegung von kurzfristigen und langfristigen Verbindlichkeiten bewerten und zu den Maßnahmen zu deren Refinanzierung, Umwandlung und Abschreibung Stellung nehmen.
- Die ORKB sollten die Struktur der Staatsschulden analysieren, um ihre Auswirkungen auf den Kapitalfluss eines Landes zu bestimmen und die Strategien zur Minimierung der Risiken und Kosten zu evaluieren.
- Die ORKB sollten im Rahmen ihrer nationalen Kompetenzen die Staatsschulden eines Landes laufend kontrollieren, um eine klare, transparente und angemessene Aufnahme, Verwendung, Verwaltung, Erfassung, Zahlungskontrolle und Rechenschaftspflicht zu gewährleisten.
- Die ORKB sollten ihre Parlamente, die Exekutive und die Steuerzahler über die Situation der Staatsschulden und deren Folgen für zukünftige Generationen informieren, um das Verantwortungsbewusstsein der Verwaltung für dieses wichtige generationsübergreifende Thema zu fördern.

Thema II: Informationstechnologie

José Bidot Pelaez, der Direktor für Informationssicherheit des kubanischen Ministeriums für Information und Kommunikation, hielt den Plenarvortrag zu diesem Thema und erläuterte das große Potenzial sowie die Risiken des Einsatzes von Informationstechnologie in der öffentlichen Verwaltung. Die ORKB von Chile als Koordinator betonte, wie wichtig es für ORKB sei, den umfassenden Einsatz dieser Techniken in ihren Prüfungen als Teil ihres Modernisierungsprozesses zu verstärken. Die ORKB von Honduras als Moderator und die ORKB von Paraguay als Berichterstatter sowie verschiedene teilnehmende ORKB

lieferten weitere Analysen und Diskussionspunkte zu diesem Thema. Die wichtigsten Schlussfolgerungen und Empfehlungen zu diesem Thema lauten wie folgt:

- Die ORKB sollten sich der veränderten Situation der von ihnen geprüften Stellen anpassen und berücksichtigen, dass fast alle Daten und Verfahren dieser Stellen computergestützt sind.
- Die ORKB sollten im Rahmen ihrer technischen Kompetenzen besondere Prüfungsmethoden für die verschiedenen Bereiche der Informationstechnologie entwickeln.
- Die ORKB sollten die Herausforderungen des e-Government annehmen und Teil dieser virtuellen Welt werden.
- Die ORKB sollten ihre Mitarbeiter auf den Umgang mit allen Arten von neuen Technologien vorbereiten.
- Die ORKB sollten einen Plan für einen Austausch von Erfahrungen und IT-Programmen, die in IT-Prüfungen verwendet werden, umsetzen.

Thema III: Stärkung der ORKB

Die ORKB von Bolivien fungierte als Koordinator und hatte auch den Hauptvortrag verfasst. Die ORKB von Kolumbien war der Moderator und die ORKB von Guatemala der Berichtersteller. In der Diskussion erläuterten verschiedene Delegationen die Wichtigkeit der Unabhängigkeit der ORKB und der institutionellen Kapazitäten, der Förderung des öffentlichen Vertrauens in die ORKB und der Einhaltung von ethischen Richtlinien.

Dazu wurden die folgenden Schlussfolgerungen und Empfehlungen formuliert:

- Die ORKB sollten von den jeweiligen gesetzgebenden Körperschaften einen angemessenen gesetzlichen Rahmen zur Gewährleistung ihrer unabhängigen Tätigkeit fordern.
- Die ORKB sollten Präventivmaßnahmen ergreifen, um das persönliche ethische und moralische Verhalten zu stärken und dadurch einen Beitrag zum Aufbau einer Kultur der Ethik zu leisten.
- Die ORKB und die OLACEFS sollten ihre Bemühungen zur Stärkung und Verbesserung ihrer Situation fortsetzen, indem sie die Kapazitäten ihres Personals und ihrer Systeme ausbauen und strategische Pläne für ihre Institutionen ausarbeiten.

Unterzeichnung von Verträgen

Auf der Generalversammlung der OLACEFS unterzeichnete die ORKB von Kuba Kooperationsverträge mit den ORKB der Russischen Föderation, der Dominikanischen Republik und Brasilien.

OLACEFS Geschäftsthemen

Auf der Plenarsitzung zu allgemeinen Geschäftsthemen am letzten Tag der Generalversammlung, berichtete das regionale Schulungskomitee der OLACEFS über seine zahlreichen Schulungsprojekte, insbesondere über den großen Erfolg bei der Umsetzung des langfristigen regionalen Schulungsplans der IDI und der OLACEFS und ihre Bemühungen zur Stärkung der Schulungsinfrastruktur in der Region.

Die ORKB der Dominikanischen Republik wurde als neues Mitglied der OLACEFS aufgenommen. Die folgenden ORKB sind Mitglieder des neuen Präsidiums der OLACEFS: Argentinien, Kuba, Honduras, Panama, Paraguay und Venezuela. Die ORKB von Chile und Kolumbien wurden zum Rechnungsprüfer der OLACEFS bestellt.

Argentinien wird die nächste Generalversammlung der OLACEFS 2004 veranstalten.

Der Vertreter des britischen National Audit Office lud die Teilnehmer zum dritten gemeinsamen EUROSAT-OLACEFS Seminar im Mai 2004 nach London ein.

Sonstiges

Während der gesamten Konferenz wurden die Teilnehmer vom Ministerium für Rechnungsprüfung und Kontrolle mit überwältigender Gastfreundschaft und karibischer Herzlichkeit betreut. Die Delegierten und Ehrengäste nahmen an einer Galaveranstaltung des nationalen Symphonieorchesters Kubas und einer Zeremonie in der alten Hafenfestung von Havanna teil. Am Donnerstag hatten die Teilnehmer am Nachmittag die einzigartige Gelegenheit die Lateinamerikanische Hochschule für Medizin zu besuchen, die unterprivilegierten Studenten aus Entwicklungsländern in Lateinamerika und Afrika ein vollständiges Medizinstudium in Kuba ermöglicht. Dabei liegt der Schwerpunkt auf Sozialmedizin, um die zukünftigen Ärzte auf die Arbeit in ihrer Heimat vorzubereiten.

Am letzten Tag der Generalversammlung besuchten die Delegierten und Gäste Varadero, den berühmtesten Badeort in Kuba, wo der Regionalminister für Fremdenverkehr die Entwicklung des internationalen Fremdenverkehrs in Kuba in den letzten 10 Jahren erläuterte.

Nähere Informationen sind erhältlich beim Generalsekretariat der OLACEFS, Contraloría General, Av. Balboa y Av. Federico Boyt, Apartado 5213, Zona 5, Panama City, Panama; Telefon: ++507 264 00 59, Fax: ++507 263 93 22, E-mail: centrodeinformacion@contraloria.gob.pa und Website: www.contraloria.gob.pa.



Delegierte der XIII. Generalversammlung der OLACEFS in Kuba

Länderprofil: Das Auditor-General's Office von Papua-Neuguinea

von Mark Wani, Auditor General

Bis zum Jahr 1973 lagen die Prüfungssagenden für das damalige Territorium von Papua und Neuguinea beim National Audit Office von Australien (Commonwealth Audit Office of Australia). Als das Territorium von Papua und Neuguinea im Jahr 1973 Selbstverwaltungsstatus erhielt, wurde der Beginn einer neuen Ära mit der Verabschiedung des Public Finances (Control and Audit) Act von 1973 signalisiert. Im selben Jahr wurde das Office of the Auditor-General gegründet und der erste Auditor-General von Papua-Neuguinea ernannt. Mit der Erlangung seiner Unabhängigkeit im Jahr 1975 und der Geburt von Papua-Neuguinea als unabhängige Nation wurde gemäß Paragraph 213 und 214 der Verfassung des unabhängigen Staates Papua-Neuguinea das Office of the Auditor-General of Papua New Guinea (PNG AGO) als Oberste Rechnungskontrollbehörde von Papua-Neuguinea eingerichtet.

Umfang der Prüfungskompetenz

§ 214 der Verfassung des unabhängigen Staates Papua-Neuguinea schreibt vor, dass das Auditor-General's Office zumindest einmal in jedem Haushaltsjahr (wie gesetzlich festgelegt) die (1) staatliche Rechnungsführung von Papua-Neuguinea, (2) die Kontrolle der öffentlichen Gelder und Vermögenswerte von Papua-Neuguinea und die Transaktionen mit diesen Geldern und Vermögenswerten sowie (3) andere verfassungsmäßig vorgeschriebene Funktionen prüft und dem Parlament darüber Bericht erstattet. Die Befugnisse des PNG AGO als Rechnungsprüfer des Parlaments sind in der Verfassung festgeschrieben und wurden im Finanzkontrollgesetz von 1989 erweitert, sodass sie nun auch die Prüfung der Rechnungsführung, Finanzen und Vermögenswerte aller Organe, Dienststellen, Behörden und Institutionen der nationalen Verwaltung sowie alle per Gesetz oder durch einen Exekutiv- bzw. Verwaltungsakt der vollziehenden Staatsgewalt zu Verwaltungs- oder offiziellen Zwecken eingerichteten Stellen mit einschließt. Das Finanzkontrollgesetz führt die Bestimmungen von § 214 der Verfassung näher aus und erweitert das Mandat des PNG AGO um die Prüfung der Provinzverwaltungen und ihrer Organe, Behörden und Institutionen. Laut Verfassung und Finanzkontrollgesetz besteht das Ziel des PNG AGO in der Durchführung von unabhängigen Prüfungen und Untersuchungen, die dem Parlament von Papua-Neuguinea fachliche und objektive Informationen, Empfehlungen und Kontrollen in Bezug auf die Finanzgeschäfte des öffentlichen Sektors des Landes liefern.

Unabhängigkeit der ORKB

§ 213(i) der Verfassung von Papua-Neuguinea garantiert die Unabhängigkeit des Auditor-General im Hinblick auf die Planung, Durchführung und Berichterstattung von bzw. über Prüfungen, die in seiner Eigenschaft als Rechnungsprüfer des Parlaments vorgenommen werden. § 20 des Finanzkontrollgesetzes erweitert die verfassungsrechtlichen Bestimmungen und erteilt der ORKB die Befugnis, ihre Beamten zu ernennen und ihre eigenen Dienstvorschriften im Rahmen der ihr zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel zu bestimmen, wie in § 21 dieses Gesetzes festgelegt.

Prüfungsplanung

Seit dem Jahr 2000 und nachdem die ORKB die Dokumentation ihrer Prüfungsprozesse und Verfahrensrichtlinien für Gesetzmäßigkeits- und Ordnungsmäßigkeitsprüfungen fertig gestellt hat, erfolgt die Planung und Durchführung der Prüfungstätigkeit in Übereinstimmung mit internationalen Prüfungsrichtlinien und orientiert sich an den Grundsätzen der Professionalität, Unabhängigkeit, Ethik und Integrität, Objektivität und Reagibilität, um mit Engagement und Fachwissen den Interessen des Staates und der Öffentlichkeit zu dienen. Die Prüfungstätigkeit gliedert sich in die folgenden drei Phasen:

- Der Jahresplan wird im allgemeinen Rahmen des Unternehmensplans der ORKB formuliert. Für jeden der drei großen Bereiche – die Dienststellen der nationalen Verwaltung, Provinz- und Kommunalverwaltungen und öffentlich-rechtliche Körperschaften, staatliche Unternehmen und Projektprüfungen – werden die für die Durchführung der Prüfung erforderlichen Manntage und die Manntage, die vom Prüfungspersonal geleistet werden können, aufgelistet. Weiters wird bestimmt, welche Prüfungen von den ORKB-eigenen Mitarbeitern durchgeführt und welche von externen Wirtschaftsprüfern vorgenommen werden, sodass eine Strategie zur Feststellung von fehlenden personellen Ressourcen umgesetzt werden kann.
- Spezifische Einsatzpläne für jede zu prüfende Stelle halten detailliert die zu prüfenden Finanzausweise und Unterlagen sowie den konkreten Personaleinsatz fest. In den Einsatzplänen sind außerdem der Anwendungsbereich, die Art, der Zeitpunkt und der Umfang der anzuwendenden Verfahren sowie andere Erfordernisse, wie zum Beispiel detaillierte Überprüfungen von internen Kontrollsystemen, beschrieben.
- Für jede Prüfung werden Prüfungspläne erstellt. Diese Pläne bestimmen die Art, den Zeitpunkt und den Umfang der spezifischen Prüfungsverfahren für jede Komponente der Rechnungsabschlüsse (Prüfungsbereich), den Zeitpunkt und den Umfang von konkreten Prüfungszielen (für jeden Prüfungsbereich) sowie zu prüfende Aussagen, den Grad der Wesentlichkeit, etc.

Alle Prüfungen, die von externen Prüfern durchgeführt werden, werden durch ORKB-Mitarbeiter überprüft, die auch die Endversion der Berichte verfassen.

Organisation, Größe und Aufgabenbereiche

Das PNG AGO gliedert sich derzeit in zwei Geschäftsfelder, Prüfungsdienste und Support-Dienste.

Das Geschäftsfeld Prüfungsdienste ist in drei Bereiche unterteilt, wobei jeder Bereich spezifische Prüfungen über seine jeweiligen Abteilungen durchführt. Die Struktur der ORKB ermöglicht es ihren Bereichen und Abteilungen, sich mit Rechenschaftspflicht, Transparenz und damit verbundenen Aspekten der Organisationsführung im öffentlichen Sektor zu befassen. Untenstehend sind die drei Bereiche und ihre Prüfungsabteilungen angeführt.

- Der Bereich *Nationale Verwaltung*. Innerhalb dieses Bereichs ist die Abteilung für nationale Verwaltungsausgaben für die Prüfung der 28 nationalen Verwaltungsdienststellen und ihrer Behörden verantwortlich, während die Abteilung für öffentliche

Rechnungsführung und öffentliche Einnahmen für die Prüfung der staatlichen Rechnungsführung von Papua-Neuguinea zuständig ist.

- Der Bereich *Provinz- und Kommunalverwaltungen* verfügt über zwei Abteilungen, die gemeinsam für die Prüfung der 19 Provinzverwaltungen und ihrer Geschäftsstellen sowie der 286 Kommunalverwaltungen und deren Geschäftsstellen verantwortlich sind.
- Der Bereich *Öffentlich-rechtliche Körperschaften und Sonderprüfungen* umfasst zwei Abteilungen. Die Abteilung für öffentlich-rechtliche Körperschaften prüft alle öffentlichen Körperschaften und deren Tochtergesellschaften sowie staatliche Unternehmen. Die Abteilung für Sonderprüfungen ist für Projektprüfungen, Wirtschaftlichkeitsprüfungen und Prüfungsuntersuchungen zuständig.

Das Geschäftsfeld Support-Dienste umfasst zwei Abteilungen, die Abteilung für Finanzen und Verwaltung und die Abteilung für Unternehmensdienste. Die letztere beaufsichtigt unter anderem die strategische und operative Planung und Umsetzung, das Personalmanagement und die Rechtsabteilung. Die Abteilung entwickelt auch verschiedene operative und administrative Systeme für die ORKB.

Insgesamt beschäftigt das PNG AGO 109 Mitarbeiter, von denen 82 dem Geschäftsfeld Prüfungsdienste angehören. Die einzelnen Bereiche werden von First Assistant Auditors-General geleitet, während die Abteilungen von Assistant Auditors-General geführt werden. Gemeinsam mit dem Auditor-General und dem stellvertretenden Auditor-General bilden sie die oberste Führungsebene des PNG AGO. Das mittlere Management besteht aus Sektionsleitern im Rang eines Prüfungsdirektors/Prüfungsleiters.

Den Sektionsleitern unterstellt sind Prüfungsbeamte mit unterschiedlichem Dienstrang – Senior Auditors, Principal Auditors und Senior Principal Auditors. Wie in Tabelle 1 gezeigt wird, müssen die Abteilungen und Zweige der ORKB derzeit 1.478 Prüfungen pro Jahr durchführen, wofür insgesamt 11.584 Manntage pro Jahr erforderlich sind. (Ein Manntag ist mit 7,21 Stunden Prüfungsarbeit pro Prüfer pro Tag festgelegt.)

Tabelle 1: Erforderliche Prüfungen pro Jahr

Abteilung	Prüfungen	Manntage
Provinz- und Kommunalverwaltungen	1.095	3.767
Linienabteilungen	28	2.245
Staatliche Rechnungsführung und Einnahmen generierende Behörden	10	1.929
Programme und Projekte	10	50
Öffentlich-rechtliche Körperschaften	335	3.593
Gesamt	1.478	11.584

Personalmanagement

Das PNG AGO war schon seit jeher darum bemüht, die Fachkenntnisse seiner Mitarbeiter zu verbessern, und ihnen das nötige Wissen durch interne Seminare und Workshops sowie durch Berufspraktika bei Rechnungskontrollbehörden in Übersee zu vermitteln. Die ORKB ist bestrebt, den Mitarbeitern die Möglichkeit zu bieten, an beruflichen Fortbildungskursen teilzunehmen, die zu einer Mitgliedschaft in verschiedenen Berufsverbänden führen, und unterstützt ihre Mitarbeiter durch die Übernahme der Mitglieds- und Prüfungsgebühren. Die ORKB hat auch ihre Dienstvorschriften überprüft und überarbeitet, hält aber an ihrer Strategie fest, verschiedene Positionen in der Behörde mit Universitätsabsolventen zu besetzen. All diese Aktivitäten sollen dazu dienen, das Personalmanagement der ORKB zu verbessern.

Die ORKB hat ein fünfjähriges Schulungsprogramm 2000–2005 eingerichtet, das strategische Richtlinien für das Wissen und die Kenntnisse, die die Mitarbeiter zur Erfüllung ihrer Prüfungs- und anderen Aufgaben benötigen, liefert. Das Programm ist Teil des strategischen Rahmens für das Personalwesen des Unternehmensplans der ORKB (2000–2010).

Die Behörde ist auch dabei, einen Bericht fertig zu stellen, der wichtige Einblicke in die gesamten Schulungs- und Personalentwicklungsaktivitäten der ORKB bietet. Das Projekt zur institutionellen Stärkung der ORKB ist zu einem fixen Bestandteil der von der Verwaltung von Papua-Neuguinea durchgeführten Reform des öffentlichen Sektors geworden, die über ein Darlehen der Asiatischen Entwicklungsbank finanziert wird. Dieses Projekt soll die Kompetenzen der ORKB zur Durchführung von wirkungsvollen Prüfungen stärken, indem es der Behörde ermöglicht, Prüfungen wirtschaftlicher durchzuführen, Systemen einen Mehrwert hinzuzufügen und optimale Vorgehensweisen und Methoden in den geprüften Stellen zu entwickeln. Die erwarteten Kosten liegen bei 3,8 Millionen Kina (US\$ 1,4 Mio.) für einen Zeitraum von 3 Jahren. Diese Finanzierung bezieht sich nur auf einige ausgewählte Komponenten des Unternehmensplans der ORKB.

Das Projekt konzentriert sich nicht nur auf die personellen Aspekte der Schulung und Personalentwicklung, sondern auch auf die Modernisierung der Prüfungsprozesse und der Ausstattung des PNG AGO, wie im Unternehmensplan beschrieben. Der Unternehmensplan zielt auf eine Erhöhung der Kapazitäten der ORKB ab, damit sie nicht nur die derzeitigen Gesetzmäßigkeits- und Ordnungsmäßigkeitsprüfungen, sondern auch die laut ihrem Mandat vorgeschriebenen Wirtschaftlichkeitsprüfungen und forensischen Prüfungen durchführen kann.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: Office of the Auditor-General of Papua New Guinea, Fax: ++675 325 28 72, E-mail: agois@dg.com.pg.

Neuerscheinungen

Das Institute of Internal Auditors (IIA) veröffentlichte eine neue Ausgabe seines Magazins "The Internal Auditor", eine wertvolle Informationsquelle für alle Leser dieser Zeitschrift. In der Ausgabe vom Oktober 2003, beschreibt der Artikel "Savvy Solutions for Small Audit Shops" (Kluge Lösungen für kleinere Prüfungsorganisationen) wie kleinere Prüfungsabteilungen Herausforderungen wie personelle Einschränkungen, knappe Haushaltsmittel und die Erfordernis, mehr Leistung mit weniger Mitteln zu erreichen, bewältigen können. Bei einer begrenzten Anzahl von Mitarbeitern können Umstände auftreten, mit denen große Prüfungseinrichtungen vermutlich kaum jemals konfrontiert sind. Wenn zum Beispiel ein Mitglied eines kleinen Prüfungsteams die Abteilung verlässt, kann ein gut geplantes Prüfungsprogramm nicht zur Gänze durchgeführt werden, und der Ersatz des betreffenden Teammitglieds kann sich als sehr schwierig erweisen. Zur Bewältigung dieser Herausforderungen werden im Artikel sieben erfolgreiche Strategien beschrieben, die aufzeigen, wie kleine Prüfungsorganisationen ihre begrenzten Ressourcen optimal nutzen und ihre Wirksamkeit maximieren können. Diese Strategien sind (1) die Definition von Risiken, (2) die kluge Auswahl der Mitarbeiter, (3) die Berücksichtigung einer entsprechenden Beratungszeit, (4) der Ausbau des eigenen Netzwerks, (5) die Ausweitung der Nutzung externer Ressourcen, (6) das Bekanntmachen der Prüfungskapazitäten und (7) der kluge Einsatz von Technik. Im Artikel werden außerdem die Vorteile kleiner Prüfungsinstitutionen dargelegt, wie zum Beispiel das geringe Maß an Bürokratie, schlanke Prozessabläufe und einfacher Zugang zur Organisationsleitung. Nähere Informationen über das Magazin und die IIA sind erhältlich bei: The Institute of Internal Auditors, 247 Maitland Avenue, Altamonte Springs, Florida 2701-4201, USA; Website: www.theiia.org.

Die ORKB von Neuseeland hat ihren Bericht des Controller und Auditor-General für 2003 veröffentlicht. Der Bericht mit dem Titel "Managing Threats to Domestic Security" (Steuerung von Risiken für die Innere Sicherheit) beleuchtet die breite Palette an bestehenden Vorkehrungen zur Feststellung von und Reaktion auf nationale Sicherheitsrisiken. Zu diesem Zweck untersuchte die ORKB (1) die Angemessenheit des bestehenden Rahmens zur Lenkung nationaler Sicherheitsbemühungen, (2) die Erhebung und Verbreitung relevanter Informationen, deren Koordinierung und Angemessenheit zur Bewältigung von Risiken, Zielen und Zielsetzungen, (3) das Vorbereitetsein und die Kapazitäten verschiedener Behörden, um auf nationale Risiken zu reagieren und (4) die Wirksamkeit von Vorkehrungen zur Überwachung und Evaluierung der bewilligten Mittel für die Erreichung von Zielen der nationalen Sicherheit. Exemplare dieses Berichts sind erhältlich bei: Audit Office of New Zealand, Private Box 3928, Wellington, Neuseeland; Telefon: ++04-917-1500; Website: www.oag.govt.nz.

E-Government bezeichnet die geplante und koordinierte Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien zur Erfüllung von Aufgaben öffentlicher Institutionen. Diese Technologien können überall dort eingeführt werden, wo bereits eine gute Infrastruktur existiert, wie zum Beispiel in Industriestaaten. Folgt man allerdings dem Artikel "E-Government auch in armen Länder?" in der Juni 2003-Ausgabe der "E + Z: Zeitschrift für Entwicklung und Zusammenarbeit", kann e-Government für bestimmte Zwecke auch in weniger entwickelten Ländern eingesetzt werden. Der Artikel beschreibt im Detail die Vorteile von e-Government – wie größere Effizienz, bessere öffentliche Dienstleistungen und erhöhte Transparenz. So hat zum Beispiel eine Kommunalbehörde in Bangladesch kürzlich ein elektronisches Geburtenregister anstelle des veralteten händischen Systems eingeführt. Die Folge davon

ist, dass die Datenverwaltungs- und Informationsbeschaffungsprozesse jetzt nur mehr einen Bruchteil der Zeit in Anspruch nehmen, die sie früher benötigten, und dass das Fehlerrisiko gesunken ist. E-Government kann auch die Wirtschaftlichkeit öffentlicher Institutionen steigern und so Steuer-gelder sparen, indem die Mitarbeiterproduktivität erhöht und die Beschaffungskosten gesenkt werden. Allerdings wird im Artikel davor gewarnt, dass e-Government nicht immer automatisch und schon gar nicht über Nacht auch eine Effizienzsteigerung bedeutet und dass in vielen Fällen bedeutende anfängliche und nachfolgende Investitionen erforderlich sind. Der vollständige Artikel und andere Ausgaben des Magazins (in Deutsch, Englisch, Spanisch und Französisch) sind erhältlich bei: InWEnt (Internationale Weiterbildung und Entwicklung), Tulpenfeld 5, Bonn D-53113, Deutschland; Telefon: ++49-228-2434-5; Fax: ++49-228-2434-999; Website: www.inwent.org.

Das US General Accounting Office (GAO) hat einen Bericht mit dem Titel "U.N Peacekeeping: Transition Strategies for Post-Conflict Countries Lack Results-Oriented Measures of Progress" (Friedenserhaltung der Vereinten Nationen: Den Übergangsstrategien für Nachkriegsländer fehlen ergebnisorientierte Erfolgskennzahlen) (GAO-03-1071, September 2003) veröffentlicht, der die Übergangsstrategien der Vereinten Nationen für ihre friedenserhaltenden Maßnahmen in Sierra Leone, Osttimor und der Demokratischen Republik Kongo untersucht. Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass "Versuche, Nationen wieder aufzubauen und den Frieden nach Konflikten zu erhalten, ohne entsprechende Erfolgskennzahlen wertlos sind." Das GAO erklärt, dass "obwohl die UNO einige Indikatoren für die Abwicklung des Rückzugs ihrer friedenserhaltenden Truppen verwendet, sie über keine ergebnisorientierten Größen verfüge, um die Sicherheitssituation in den untersuchten Ländern zu beurteilen. Nachfolgende Ereignisse in diesen

Ländern haben gezeigt, dass die Situation nicht so sicher war, wie dies auf Grund der vorhandenen Kennzahlen erwartet wurde." Zum Beispiel heißt es in dem Bericht, dass das Ziel, mehr als 2000 Polizisten in Osttimor auszubilden auf der in Europa üblichen Anzahl von Polizisten pro Einwohnern beruhte, für deren Berechnung veraltete	Bevölkerungszahlen verwendet wurden. Als best practice-Modell führt der Bericht des GAO Strategien an, die vom US Justizministerium zur Stärkung der juristischen Unabhängigkeit entwickelt wurden: (1) Bestimmung der Bedürfnisse des jeweiligen Landes, (2) Bestimmung eines Ergebnismaßes für die umgesetzten Strategien,	(3) Schaffung eines bestimmten Maßstabes für bestimmte Ergebnisse und (4) Bestimmung von Kennzahlen für die Auswirkungen auf die Situation im Land. Nähere Informationen über den Bericht des GAO oder Exemplare des Berichts als Download oder in gedruckter Form sind auf der Website des GAO unter www.gao.gov erhältlich.
<i>Fortsetzung von Seite 6</i> und Kontrollen für die Heranführungshilfe verbessert werden. Der Rechnungshof stellte bedeutende Fortschritte bei der Umsetzung der Verwaltungsreformen durch die Kommission fest. Trotz dieser Fortschritte gab es Ende 2002 immer noch einige Generaldirektionen, in denen nicht einmal ein Mindestmaß an internen Kontrollrichtlinien angewendet werden. Hier ist ein dringender Verbesserungsbedarf gegeben. Schwierigkeiten zeigten sich bei der Umsetzung der Reformen im Ausgabenbereich, die in den gemeinsamen Zuständigkeitsbereich der Kommission und der Verwaltungen der Mitgliedstaaten fallen. Fortschritte in diesen Bereichen – auf	die mehr als 80 % des Haushalts entfallen und zu denen auch die Landwirtschaftspolitik und Strukturmaßnahmen zählen – hängen von Verbesserungen in den von den Mitgliedstaaten eingerichteten Verwaltungs- und Kontrollsystemen ab. Zur Verbesserung der Transparenz und der Überwachung des Reformprozesses empfahl der Rechnungshof, dass die Kommission das Weißbuch aus dem Jahr 2000 über die Verwaltungsreform überarbeiten und den Zeitplan und die Liste der offenen Punkte aktualisieren solle. Seit seinem vorhergehenden Jahresbericht hat der Europäische Rechnungshof 13 Sonderberichte	sowie 6 Gutachten zu verschiedenen Aspekten der Finanzen und der Gebarung der Europäischen Union veröffentlicht. Nähere Informationen sind erhältlich bei: Europäischer Rechnungshof, Dienststelle Außenbeziehungen, Telefon: ++352-021-36 31 03, Fax: +352-4398-46430 oder E-mail: press@eca.eu.int. Der vollständige Text des Jahresberichts 2002 ist im Internet unter http://www.eca.eu.int/EN/RA/2002/ra02.htm verfügbar. Eine Zusammenfassung des Berichts findet sich auf http://www.eca.eu.int/en/noteinfo/2002/nira02.pdf.



Präsidialtagung und 50-Jahr-Feiern der INTOSAI in Budapest

Besonderes Programm zur Feier des 50-jährigen Jubiläums

Das 50-Jahr-Jubiläum der INTOSAI stand im Mittelpunkt der 2-tägigen Präsidialtagung und des eintägigen Festprogramms, die von 13. – 15. Oktober 2003 in Budapest stattfanden. Im Anschluss an die Präsidialtagung nahmen neben den 18 Präsidiumsmitgliedern auch die Leiter von 15 weiteren Obersten Rechnungskontrollbehörden an einem Programm mit verschiedenen Fachsitzungen und Festakten teil, das die Geschichte und die Leistungen der Organisation seit ihrer Gründung in Havanna, Kuba, im Jahr 1953 beleuchtete. Die Fachsitzungen begannen mit einer Begrüßungsrede des Vorsitzenden des INTOSAI-Präsidiums, Dr. Ock-Sup Noh aus der Republik Korea, gefolgt von einem Vortrag über die Auslegung der Deklaration von Lima von Dr. Attila Chikán, dem Rektor der Universität von Budapest. Eine Präsentation zum Thema der Unabhängigkeit Oberster Rechnungskontrollbehörden von Generalsekretär Franz Fiedler befasste sich im Detail mit diesem überaus wichtigen Aspekt Oberster Rechnungskontrollbehörden, und Dr. Arturo González de Aragón, der Leiter der ORKB von Mexiko, bildete mit einem Vortrag über die Vorteile der INTOSAI für ORKB den Abschluss der Fachsitzung.



ORKB-Leiter, Mitarbeiter und Begleitpersonen aus über 35 Ländern versammeln sich im Rahmen der 50-Jahr-Feiern der INTOSAI auf den Stufen des ungarischen Parlamentsgebäudes in Budapest.

Der Festakt fand im ungarischen Parlament statt. Dieser Teil des Jubiläumsprogramms umfasste Begrüßungsworte von Dr. Arpad Kovacs, dem Präsidenten der ungarischen ORKB und Gastgeber der Veranstaltung, und eine Rede über die Beziehungen zwischen den ORKB und dem Parlament von Dr. Ferenc Wekler, dem ungarischen Parlamentsvorsitzenden. Der Festakt schloss mit einer umfassenden Rede über die Geschichte der INTOSAI von Generalsekretär Fiedler, gefolgt von einem Empfang in den eleganten Räumlichkeiten des Parlaments.



Dr. Arpad Kovacs, Präsident der Obersten Rechnungskontrollbehörde Ungarns, eröffnet offiziell die 50-Jahr-Feiern im ungarischen Parlament.

Die *Zeitschrift* und das Generalsekretariat erstellen gemeinsam eine Sonderpublikation zum 50-jährigen Jubiläum. Sie wird sämtliche Texte und alle Fotos dieser Veranstaltung sowie zusätzliche geschichtliche Informationen über die INTOSAI und ihre zahlreichen Programme beinhalten. Die Publikation wird in jeder der fünf offiziellen Sprachen der INTOSAI erscheinen (Arabisch, Deutsch, Englisch, Französisch und Spanisch) und wird auf dem INTOSAI Kongress in Budapest im Oktober 2004 verteilt werden.

Strategischer Plan als Hauptthema der Präsidialtagung

Auf seiner Geschäftstagung am 13. und 14. Oktober 2003 widmete das Präsidium einen Großteil der Zeit den Diskussionen über den Bericht seiner Task Force für strategische Planung. David M. Walker, Comptroller General der Vereinigten Staaten und Vorsitzender der Task Force, berichtete über die Tätigkeit der Task Force seit der Präsidialtagung 2002 und präsentierte einen Vorschlag für einen Plan, der Ziele in Bezug auf Berufsnormen, Kapazitätsbildung, Wissensaustausch und damit verbundene Aspekte der Organisationsführung umfasst. Es folgte eine lebhafte Diskussion, wobei Präsidiumsmitglieder und Beobachter gleichermaßen diskutierten und einen Beitrag zum Dialog leisteten. Der Plan stieß auf allgemeine Zustimmung, und das Präsidium fasste den Beschluss, den Bericht der Task Force unter Miteinbeziehung der folgenden Punkte anzunehmen:

1. Das Präsidium befürwortet die drei von der Task Force für strategische Planung vorgeschlagenen strategischen Ziele und die wichtigsten damit verbundenen Grundsätze (siehe folgende Abbildung).
2. Das Präsidium befürwortet den Plan der Task Force für strategische Planung, Kommentare, die auf der Präsidialtagung abgegeben werden, und andere Kommentare, die bis zum 15. November 2003 eingegangen sind, bei der Überarbeitung des Vorschlags zu

berücksichtigen, darunter auch Kommentare zu Aspekten der Organisationsführung und Ergänzungen der Statuten. Die Task Force wird in Zusammenhang mit etwaigen Vorschlägen zur Abänderung der Statuten Stellungnahmen der Generalsekretariate der Regionalorganisationen einholen.

3. Das Präsidium befürwortet den von der Task Force für strategische Planung vorgeschlagenen Ablauf und Zeitplan, einschließlich der Begutachtung eines endgültigen Vorschlags für einen strategischen Plan und etwaigen damit verbundenen Abänderungen der Statuten auf dem Kongress in Budapest 2004.

Abbildung 1: Überblick über den strategischen Plan der INTOSAI mit Stand vom Dezember 2003

Überblick

MISSION

Die INTOSAI ist eine autonome, unabhängige, berufliche und nicht-politische Organisation, die mit dem Ziel der gegenseitigen Unterstützung, der Förderung eines Ideen-, Wissens- und Erfahrungsaustauschs, der Vertretung der ORKB innerhalb der internationalen Gemeinschaft und der Förderung von laufenden Verbesserungsmaßnahmen bei verschiedenen ihrer Mitglieds-ORKB gegründet wurde.

VISION

Eine gute Verwaltung zu fördern, indem die ORKB dazu befähigt werden, ihren jeweiligen Verwaltung zu helfen, die Leistung zu verbessern, die Transparenz zu erhöhen, die Rechenschaftspflicht zu gewährleisten, die Glaubwürdigkeit zu bewahren, das öffentliche Vertrauen zu stärken und die wirtschaftliche und wirksame Einnahme und Verwendung von öffentlichen Mitteln zum Wohle der Bevölkerung zu fördern.

GRUNDWERTE

Unabhängigkeit -Integrität -Professionalität
Glaubwürdigkeit –Inklusivität -Zusammenarbeit -Innovation

STRATEGISCHE ZIELE

1. Rechenschafts- und Berufsnormen
2. Institutionelle Kapazitätsbildung
3. Wissensaustausch und Wissensdienste
4. Internationale Musterorganisation

Die Task Force kam danach vom 1.-2. Dezember 2003 in Washington, D.C. zusammen, um den Plan weiter auszuarbeiten und die von den INTOSAI-Mitgliedern vor und nach der Präsidialtagung abgegebenen Kommentare zu behandeln und einfließen zu lassen. Auf dieser Tagung schlug die Task Force ein neues Ziel vor (das 4. strategische Ziel – internationale Musterorganisation), das zum Großteil auf einer von Portugal auf der Präsidialtagung im Oktober 2003 abgegebenen Empfehlung beruhte. Dieses Ziel umfasst eine Reihe von Empfehlungen, die zur Gewährleistung der erfolgreichen Umsetzung der drei anderen strategischen Ziele des Plans beitragen sollen.

Zum Redaktionsschluss dieser *Zeitschrift* war der Plan an das Präsidium übermittelt worden, um die Verteilung an alle 185 INTOSAI-Mitglieder zur Prüfung und Stellungnahme zu genehmigen. In seinem Brief an die Mitglieder des Präsidiums schrieb Walker im Namen der Task Force: “Als Vorsitzender der Task Force für strategische Planung bin ich der Ansicht, dass dieser erste strategische Plan der INTOSAI ein wichtiges Instrument sein wird, um eine bereits erfolgreiche internationale Organisation zu einer internationalen

Musterorganisation der Zukunft zu machen. Die Task Force freut sich darauf, die Zusammenarbeit mit dem Präsidium bei dieser wichtigen Initiative fortzusetzen.”



Mitglieder der Task Force für strategische Planung des INTOSAI-Präsidiums in einer Beratungspause auf ihrer Tagung in Washington, D.C. im Dezember 2003.

Am 21. und 22. Juni 2004 wird in Wien, Österreich, eine außerordentliche Tagung des Präsidiums stattfinden, auf der der Plan überprüft und angenommen werden wird, um dann letztendlich auf dem Kongress in Budapest im Oktober 2004 den INTOSAI Mitgliedern zur Annahme vorgelegt zu werden.

Sonstiges

Das Präsidium hörte eine Reihe von Berichten der verschiedenen Komitees, Arbeitsgruppen und des Generalsekretariats und fasste die folgenden Beschlüsse:

- Auf Empfehlung des Generalsekretariats wurden die Statuten in Verbindung mit einer Änderung im Verbandsrecht der Republik Österreich abgeändert.
- Der Jahresbericht des Rechnungsprüfers und der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk für den Rechnungsabschluss der INTOSAI wurden angenommen.
- Der Bericht und das Arbeitsprogramm der neu eingerichteten Task Force zur Bekämpfung der Geldwäsche wurden angenommen.
- Die Berichte der acht Komitees und Arbeitsgruppen, dieser *Zeitschrift* und der IDI wurden angenommen.
- Es wurde festgehalten, dass fünf neue Präsidiumsmitglieder auf dem Kongress 2004 gewählt werden, die fünf gegenwärtige Mitglieder ersetzen, deren Amtsperiode mit dem Kongress endet.
- Es wurde festgehalten, dass das 17. UN/INTOSAI Seminar zum Thema der Unabhängigkeit Oberster Rechnungskontrollbehörden von 19. – 23. April 2004 in Wien, Österreich, stattfindet.

- Die Berichte über die Vorbereitungen für den 18. INCOSAI wurden angenommen, und die folgenden Berichtersteller wurden für die einzelnen Themen ernannt: Thema I (Großbritannien, Bhutan, Österreich, Mexiko, Südafrika, Tschechien, Kuba und Ghana) und Thema II (Kanada, Tunesien, Schweiz, Fidschi, Peru, Neuseeland, Kamerun und Burkina Faso).
- Der Bericht des Gastgebers des 19. INCOSAI (Mexiko, 2007) über die ersten Vorbereitungen für diesen Kongress wurde angenommen.

Nähere Informationen über die Präsidialtagung sowie Exemplare der auf dieser Tagung vorgelegten Berichte sind beim Generalsekretariat unter intosai@rechnungshof.gv.at oder beim Gastgeber der Tagung unter incosai2004@asz.hu erhältlich.

Regionaler Kurs über die Prüfung von Staatsschulden in der OLACEFS

Wie in früheren Ausgaben dieser Zeitschrift berichtet, arbeitet das INTOSAI Komitee für die Staatsschulden mit der IDI und der OLACEFS zusammen, um gemeinsam ein Pilotprogramm zu entwickeln und umzusetzen, das die Durchführung von Prüfungen der Staatsschulden durch die ORKB verbessern soll. Der erste regionale Schulungskurs über die Prüfung von Staatsschulden wurde vom 27. Oktober bis 7. November 2003 für 24 Prüfungsbeamte der OLACEFS in Cartagena de Indias, Kolumbien veranstaltet. Zu den Teilnehmern zählten Prüfungsbeamte aus 10 ORKB: Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Ecuador, Kolumbien, Paraguay, Peru, Uruguay und Venezuela. Der Kurs wurde von Teilnehmern des 5-wöchigen "Champions"-Workshop in Mexiko im April und Mai 2003 geleitet. Ein zweiter Kurs ist für die ORKB Zentralamerikas für 2004 geplant. Außerdem unterstützen die Kursleiter die ORKB von Venezuela bei einer Pilotprüfung, die für Anfang 2004 geplant ist.

Dieser Kurs bringt unmittelbare Vorteile für die OLACEFS. Die Regionalorganisation verfügt nun über 24 qualifizierte Prüfungsbeamte mit einschlägigen Kenntnissen in diesem Bereich, deren Ausbildung einem strikten Kursprogramm folgte. In Zukunft werden ihre Prüfungen der Staatsschulden besser geplant sein, mehr ins Detail gehen und eine umfassende Evaluierung der Staatsschulden einschließlich der budgetären, wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen bieten.

Das Komitee für die Staatsschulden wird gemeinsam mit der IDI und den Regionalorganisationen der INTOSAI die nötigen Schritte unternehmen, um eine Endversion des 2-wöchigen Kurses in die anderen Sprachen der INTOSAI zu übersetzen. Um die Vorteile des Schulungsprogramms für die Prüfung von Staatsschulden auch auf andere Regionalorganisationen auszuweiten, ist es erforderlich, die Gestaltung des Schulungsprogramms an die spezifischen Bedürfnisse der einzelnen Regionalorganisationen anzupassen.

IDI Update

IDI Update informiert über die Entwicklungen bei der Tätigkeit und den Programmen der INTOSAI Entwicklungsinitiative. Nähere Einzelheiten über die IDI und aktuelle Informationen zwischen den Ausgaben dieser Zeitschrift finden sich auf der IDI-Website unter <http://www.idi.no>.

Vergrößerung des Pools von Schulungsleitern im anglophonen Afrika

Ein Workshop über Kursgestaltung und –entwicklung stand im November 2003 im Mittelpunkt der Aktivitäten der AFROSAI-E. Der Workshop wurde von den eigenen Schulungsexperten dieser Teilregion geleitet, die Teilnehmer waren Prüfungsbeamte, die einen der drei vorherigen Workshops über Schulungstechniken der AFROSAI-E absolviert hatten. Ein Ergebnis des Workshops war die Entwicklung eines 5-tägigen Kurses über die Aufdeckung von Betrug und Unregelmäßigkeiten, der zu einem späteren Zeitpunkt innerhalb der Regionalorganisation veranstaltet werden soll. Darüber hinaus erhalten die Teilnehmer, die den Workshop erfolgreich abschließen, das IDI-Diplom für Schulungsleiter.

Wirtschaftlichkeitsprüfung in der ARABOSAI

Anfang Dezember 2003 wurde ein 2-wöchiger Workshop über Wirtschaftlichkeitsprüfung, einschließlich eines Moduls über Betrug und Korruption, für eine Gruppe von 25 Prüfungsbeamten der ARABOSAI veranstaltet. Der Workshop wurde von einer Reihe von Schulungsexperten der ARABOSAI geleitet.

Das EUROSAI-Programm der IDI konzentriert sich auf den Osten

Von 17. – 19. November 2003 fand in Oslo, Norwegen, eine Tagung zur Planung der 2. Phase des langfristigen Schulungsprogramms (LTTP) der IDI/EUROSAI für Länder in Osteuropa, dem Balkan und Zentralasien statt. An der Tagung nahmen ein Schulungsberater und IDI-Schulungsexperten aus der EUROSAI und der ASOSAI sowie ein Sachexperte von der russischen ORKB teil.

Die zweite Veranstaltung der 2. Phase des LTTP, ein Workshop über Kursgestaltung und –entwicklung in Russisch und Englisch, wird von 26. April bis 4. Juni 2004 in der bulgarischen Hauptstadt Sofia stattfinden.

ASOSAI-Symposium für Schulungsleiter

Auf der vor kurzem zu Ende gegangenen 9. Generalversammlung der ASOSAI wurde der Vorschlag der IDI, ein regionales Symposium für Schulungsleiter zu veranstalten, angenommen. Alle IDI-Schulungsleiter der ASOSAI werden eingeladen, an diesem Symposium teilzunehmen, das von 29. März bis 2. April 2004 in Thailand stattfinden soll. Die Hauptziele des Symposiums sind die Verbesserung und der Ausbau der Kenntnisse der Schulungsleiter und Vorarbeiten zur Gestaltung von Kursen über verschiedene von der ASOSAI vorgeschlagene Themen, wie die Prüfung von Betrugs- und Korruptionsfällen und eine gute Abwicklung der öffentlichen Finanzkontrolle. Einige dieser Kurskonzepte sollen dann zu vollen Schulungskursen ausgearbeitet werden.

Umweltprüfungsprojekt

Von 3. bis 14. November 2003 fand in der Türkei der erste 2-wöchige Workshop über Umweltprüfung statt. Der Workshop ist das erste Resultat des Kooperationsprojekts zwischen der IDI und der INTOSAI Arbeitsgruppe für Umweltprüfung. Insgesamt

nahmen 29 Delegierte aus 15 ASOSAI Mitglieds-ORKB am Workshop teil, der auf Grundlage der IDI Schulungsmethodologie konzipiert war. Ein Instruktorenteam aus acht Schulungsleitern aus der AFROSAI-E, der ASOSAI, EUROSAI, und SPASAI leitete den Workshop. Am Ende der 2 Wochen hatte jeder Teilnehmer einen Vorschlag für eine Umweltprüfung und einen Aktionsplan ausgearbeitet, der nach der Rückkehr der Teilnehmer der Leitung ihrer jeweiligen ORKB vorgelegt werden soll. Ein zweiter Workshop ist 2004 für die AFROSAI-E geplant.

CAROSAI beendet das langfristige regionale Schulungsprogramm

Nach dem regionalen Prüfungsworkshop in Trinidad und Tobago im November 2003 ist die CAROSAI nun die jüngste INTOSAI Regionalorganisation, die das langfristige regionale Schulungsprogramm (LTRTP) der IDI abgeschlossen hat. Das LTRTP ist eine umfassende Reihe von Workshops und Schulungsveranstaltungen, das die Regionalorganisationen beim Aufbau ihrer Schulungskapazitäten unterstützt. Die CAROSAI verfügt nun über einen Pool von regionalen Schulungsleitern, die sowohl auf nationaler Ebene als auch bei zukünftigen regionalen Kursen eingesetzt werden können. Der Workshop von Trinidad und Tobago wurde von acht neu ausgebildeten Schulungsexperten für 30 Teilnehmer aus 18 ORKB der Region geleitet und bestand aus einem 8-tägigen Workshop über Ordnungsmäßigkeitsprüfung und einem 2-tägigen Modul über Betrugsbekämpfung.

Geplante Änderungen auf der Website

Die Website der IDI (<http://www.idi.no>) besteht bereits seit mehr als 2 Jahren, und die IDI plant für 2004 eine Aktualisierung ihrer Funktionalität und Inhalte. Dazu bittet die IDI die Benutzer, vor allem Benutzer aus Entwicklungs- und Schwellenländer, um ihre Stellungnahmen und Kommentare. Wenn Sie ein Benutzer dieser Website sind und mit der Beantwortung eines kurzen Fragebogens (verfügbar auf Arabisch, Englisch, Französisch und Spanisch) einen Beitrag zu ihrer Verbesserung leisten wollen, kontaktieren Sie Patrick Callaghan (E-mail: patrick.callaghan@idi.no; Fax: ++47 22 24 10 24; Telefon: ++47 22 24 11 14).

Kontaktadresse der IDI

Wenn Sie zu einem der Beiträge in dieser Ausgabe von IDI Update Stellung nehmen möchten, rufen Sie bitte + 47 22 24 13 49 oder senden Sie ein e-mail an idi@idi.no.

INTOSAI 2004 Events

Januar 2004

8-21 Tagung der ASOSAI
Schulungsleiter
(Prüfung von
Privatisierungen),
Tokyo, Japan

Februar

2-13 OLACEFS Pilotprüfung
der Staatsschulden,
Venezuela

10-11 Treffend des Komitees
für Interne Kontrolle
Brüssel, Belgien

16-27 AFROSAI Workshop
für Umweltprüfung,
Kenia

März

28-30 EUROSAI Treffen der
Arbeitsgruppe IT
Bern, Schweiz

29-
April 2 Regionales
Symposium für
Schulungsleiter der
ASOSAI,
Bangkok, Thailand

April

19-23 17. VN/INTOSAI
Seminar
Wien, Österreich

26-
4 Juni EUROSAI Workshop
für Kursgestaltung und
-entwicklung, Phase II,
Sofia, Bulgarien

Mai

4 Treffen der ARABOSAI,
Amman, Jordan

24-28 Generalversammlung
der SPASAI,
Apia, Samoa

31-
4 Juni Arbeitsgruppe
Umweltprüfung und
internationaler
Kongress über
Umweltprüfung,
Brasília, Brasilien

Juni

21-22 Tagung des
Präsidiums für
INTOSAI
(außerordentliche
Tagung)
Wien, Österreich

TBD Treffen des Komitees
für Staatsschulden
Moskau, Russland

Juli

August

September

Oktober

10-16 18. INCOSAI,
Budapest, Ungarn

November

Dezember

Anmerkung des Herausgebers: Dieser Veranstaltungskalender ist ein Baustein der Kommunikationsstrategie der INTOSAI und soll zu einer besseren Terminvorschau und -abstimmung beitragen. Diese regelmäßig erscheinende Rubrik der Zeitschrift enthält INTOSAI-Veranstaltungen und Veranstaltungen der Regionalorganisationen wie Kongresse, Generalversammlungen und Präsidialtagungen. Aus Platzgründen können die zahlreichen regionalen Schulungsveranstaltungen keine Berücksichtigung finden. Für weitere Informationen kontaktieren Sie bitte das Generalsekretariat der jeweiligen regionalen Arbeitsgruppe.

Internationale Zeitschrift für Staatliche Finanzkontrolle

INDEX—VOLUME 30—2003

ARTIKEL

- Kofi A. Annan, United Nations, Internal Oversight—A Key to Reform at the United Nations, Januar, S. 10
- Sylvia van Leeuwen, Niederländischer Rechnungshof, Die Entwicklung der Umweltprüfung innerhalb der INTOSAI, Januar, S. 14
- Jacek Mazur, Oberste Kontrollkammer von Polen, und Brian Vella, Malta, Beziehungen zwischen ORKB und Parlamentsausschüssen, Januar, S. 17
- Alfred Enoh, Kamerun, Neunte Generalversammlung der AFROSAI, Januar, S. 22
- Linda Sellevaag, Internationale Zeitschrift für Staatliche Finanzkontrolle, Mexiko war Schauplatz der XII. OLACEFS Tagung, Januar, S. 26
- Alberta Ellison, Internationale Zeitschrift für Staatliche Finanzkontrolle, 18. Konferenz der Auditor General des Commonwealth, Januar, S. 29
- Gordon Carey, Better Practice-Leitfäden des ANAO, April, S. 12
- Jocelyn Thompson, Rechenschaftspflicht und Finanzkontrolle, April, S. 19
- Riksrevisionen (Swedish National Audit Office), Gründung einer neuen ORKB in Schweden, Juli, S. 12
- Asif Ali, ORKB von Bangladesch: Arbeitsplan zur Kapazitätssteigerung, Juli, S. 18
- Batbayar Badamdorj, Mongolei, Überblick über die Reformen in der ORKB der Mongolei, Oktober, S. 13
- J. Graham Joscelyne, früherer Auditor General der Weltbank, Integriertes Finanzmanagement im öffentlichen Sektor: eine zentrale Rolle für ORKB, Oktober, S. 18
- Benjamin Ross, Internationale Zeitschrift für Staatliche Finanzkontrolle, CAROSAI veranstaltet ihren 6. Kongress auf den Bermudas, Oktober, S. 23

LÄNDERPROFIL

- Burkina Faso, Januar, S. 32
- Bangladesch, April, S. 23
- Äthiopien, Juli, S. 22
- Saudi-Arabien, Oktober, S. 26

LEITARTIKEL

- David G. Njorge, Kenia, INTOSAI Marks 50 Years, Januar, S. 1
- Paul R. S. Allsworth, Cook Islands, Die staatliche Finanzkontrolle im Südpazifik, April, S. 1
- Sir John Bourn, Vereinigtes Königreich, INTOSAI: 50 Jahre Zusammenarbeit zwischen ORKB, Juli, S. 1
- Abdullah Bin Hamad Bin Saif Al Busaidy, Oman, Neue Initiativen in der Staatlichen Rechnungskontrollbehörde des Oman, Oktober, S. 1

INTOSAI Intern

Das Präsidium stellte auf seiner 50. Tagung die Weichen für einen dynamischen Kurs, Januar, S. 37

INTOSAI Richtlinienkomitee für die Finanzkontrolle, April, S. 28

Aktualisierung der Richtlinien für die internen Kontrollnormen, April, S. 25

Zweite Tagung der INTOSAI Task Force für Strategische Planung, Juli, S. 27

Neue Website für die Arbeitsgruppe für Umweltprüfung, Juli, S. 28

16. VN/INTOSAI Seminar in Wien, Juli, S. 29

Kapazitätsbildungsprogramm der OCCEFS in Mittelamerika, Oktober, S. 32

INTOSAI Arbeitsgruppe über die Prüfung von Privatisierungen, Oktober, S. 32

Jahrestagung des INTOSAI Komitees für die Staatsschulden, Oktober, S. 33

IDI Update, Januar, S. 32; April, S. 30; Juli, S. 31; Oktober, S. 36

NEWS IN BRIEFS

Bangladesch, Januar, S. 4

Barbados, Januar, S. 4

Brasilien, April, S. 6; Juli, S. 6

Chile, Januar, S. 5

China, Oktober, S. 7

Estland, Juli, S. 7

Europäische Union, April, S. 7

Hong Kong, April, S. 8

Iran, Juli, S. 7

Jemen, Juli, S. 8; Oktober, S. 7

Kanada, Januar, S. 5; Juli, S. 8; Oktober, S. 8

Malta, April, S. 8

Mongolei, April, S. 9

Neuseeland, Oktober, S. 9

Nigeria, Oktober, S. 10

Ruanda, Oktober, S. 10

St. Kitts und Nevis, April, S. 9

Saudi Arabien, Juli, S. 9

Schweiz, Januar, S. 6; Juli, S. 9

Trinidad und Tobago, Juli, S. 10; Oktober, S. 10

Ungarn, April, S. 9

Vereinigte Staaten, April, S. 10; Juli, S. 11

Vietnam, July, p. 9

Europäischer Rechnungshof, Januar, S. 6; Oktober, S. 11

Internationales Konsortium für Staatliche Haushaltsführung und Weltbankinstitut, Januar, S. 8

NATO, Oktober, S. 11

Vereinte Nationen, Oktober, S. 11

Weltbankinstitut/International Records Management Trust, Januar, S. 8